

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Zeitschrift Die Neue Welt): Hans Wartewald, Magdeburg. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Zeitschrift Die Neue Welt): Hans Wartewald, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Kraus & Söhne, Magdeburg. Geschäftsstelle: Fabrikstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mittelstraße 5, Fernsprecher 961. — Nummernzähler zahlbarer Abonnementenpreis: Wertheim 2 Mrk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreisband in Deutschland monatl. 1 Tropf. 1.70 Mrk., 2 Tropf. 2.80 Mrk. In der Expedition und den Ausgabenstellen vierter Klasse 2 Mrk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 egr. Belebtschiff. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und doppelte Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr die sechshundertste Zeitung 15 Pf. Post-Beitragssatz Mr. 7889

Nr. 253.

Magdeburg, Mittwoch, den 29. Oktober 1902.

13. Jahrgang.

Die politische Lage Bayerns.

II.

Aus München wird uns geschrieben:

Ja, weshalb musste der frühere Kultusminister Landmann an einem sonnigen Tage dieses nachkalten Sommers unzählig von dannen gehen? Weshalb wurde er gerade in dem Augenblick, in dem er der Lebensfähigkeit gewiss war, über Bord geworfen?

Der äußere Anlaß war, wie das meistens bei der Ministerstürze zu geschehen pflegt, relativ recht unbedeutend. In Würzburg, der Stadt des Juliuspitals, war ein kleiner Universitätskandal ausgebrochen. Ein paar Professoren lagen sich in der Wolle und vernichteten sich gegenseitig in Briefen und Erklärungen. Das ist nun nichts Althergebrüderliches. In keinem bürgerlichen Lager wird so kleinlich gehetzt und so viel geplatzt wie unter den angeblich freien und hochstehenden Männern der Wissenschaft. Nirgends auch versteht man mit gleicher Virtuosität, aus einer Maus einen Elefanten zu machen. Es ist demnach nicht weiter verwunderlich, daß in den persönlichen Streit der Senat der Universität sich einmischt und nach seiner Weise Stellung nahm. Der Kenner bayerischer Verhältnisse hält es ferner für ganz selbstverständlich, daß der Landtag, trotzdem seine Zeit so knapp wie nur möglich bemessen war, sich alsbald auf den setten Bissen warf und ihn zwischen den bürgerlichen Fraktionen hin- und herwarf. In den Monaten der Landtagstagung kam in Bayern kein fauler Apfel vom Baum fallen, ohne daß sich die Violetten, die Liberalen und die Centrumer, die Schwarzen, darüber herstürzen und sich den armen Wurm, der sich den Apfel als Fortpflanzungsstätte erkoren, gegenwärtig ins Schuldkonto schieben. In unserem Würzburger Fall kam noch eins hinzu. Die Liberalen spielen sich mit Vorliebe als die Protektoren der Bildung und die geborenen Vertrauensmänner und Sachwalter der Universitätsprofessoren auf. Den Schwarzen dagegen ist jeder Dozent, der nicht für die „guat Sach“ steht, ein Dorn im Auge und ein schädlicher Verprosser der übrigens läufiglich bemessenen Staatsthaler.

Der Brobst war da, das Hammergeräte begann. Minister Landmann konnte nicht schwärzen. Von der hohen Warte herab, auf der er, der Kurzstilige, in seinen Träumen noch stand, gab er einen aktenmäßigen Befund und setzte er sich mit Auslassungen des Würzburger Senats in einen thatförmlichen Widerspruch. Der Senat ließ sich die — sagen wir — diplomatische Umdrehung der Wahrheit und die unteroffizielle Büffelei nicht gefallen und legte in der Mehrzahl die Reiter nieder. Noch ein liberales Haberfeldstreiben von einigen Tagen und Herr Landmann ging mitten aus der Beratung seines Ressorts heraus in den Urlaub, von dem er, wie sofort feststand, nicht zurückkehren sollte.

Also stolpern in Bayern Kultusminister über einige Professorbeine, wenn diese einmal auf die tägliche Übung der Kniebeuge verzichten und sich straff ausspannen? Also genießen die Bürger der „Gelehrten-Republik“ in den Reichen der Wallin und Krupp auf deutschem Boden noch ein öffentliches Ansehen? Die Liberalen glauben es in der That; sie sind im Vorgaukeln von Illusionen vor wie nach unübertraglich. Die Schwarzen thun so, wie wenn sie's glaubten; sie brauchen die für ihre Gläubigen sagenhaften Professoren als Poyanz so nötig wie die berühmten Freimaurer. Tatsächlich hat der Würzburger Senat und die bayerischen Professoren nicht keinen Grund, sich irgendwie in die Brust zu werfen.

Zwar hat der Senat Herrn Landmann bewiesen, daß er mit der Wahrheit schlecht umgehen kann, aber das hätte nicht den Windstoß gegeben, der ihn als überreif vom Baume schüttelte. Die Wahrheit hat in unserem politischen Leben von heute den allerschlechtesten Kurswert; sie steht beständig unter Pari. Wer sich gegen sie versündigt — und sei es noch so plump — kann immer noch die dauerhafteste Stütze von Thron und Altar abgeben.

Nein, mit dem Würzburger Skandal hat der Fall Landmanns innerlich nichts zu schaffen; er gab ihm lediglich eine gewisse äußere Folie. Sein Sturz war bereits vorher sicher.

Im Grunde genommen hat Robert Landmann niemals recht fest gestanden. Seine Kollegen hatten das Gegenteil von Hochachtung vor ihm. Das ging so weit, daß gelegentlich des achtzigjährigen Geburtstages des Prinzenregenten vor bald zwei Jahren alle Minister in der adligen Rangleiter um eine Spalte höher kletterten, nur Landmann blieb unten mit dem ganz gewöhnlichen „von“ hängen. Das schmerzte. Und er beschloß, sich künftig statt auf seine neidischen Kollegen auf das bewährte Centrum zu stützen. Mit seiner Hilfe würde der Sprung in die Höhe schon gelingen.

Durch die Schnörkel der konstitutionellen Schablone betrachtet war der Fall nicht so übel. Das Centrum verfügte im Landtag über die glatte Majorität; von 159 gewählten

schwören 85 zu seiner unbefleckten Tugend. Wer diese 85 sich zu unauslöschlichem Danke verpflichtet, mußte unbedingt fest im Sattel sitzen und konnte von dort aus manch andere Traube schneiden, die ihm sonst zu hoch gesessen hätte. Robert Landmann, der bisherige Liberaler, setzte sich folglich im letzten Winter mit seinen neuen Freunden in Kommissionssitzungen zusammen und hämmerte das vom Ministerium eingebrochene Schulbedarfsgesetz zu einem regelrechten katholischen Schulgesetz um. Die Volksschullehrer, denen das Gesetz gaben und nützen sollte, hatte man bei der gemeinsamen Schiedsarbeit schnell vergessen; man dachte nur an die Festigung des allein scheinenden Glaubens. Und „Onkel Robert“, wie er von den Schwarzen bald schmeichelnd genannt wurde, sagte zu jeder Uni- und Neuprägung von Paragraphen Ja und Amen. Hatte er doch 85 von 159 auf seiner Seite. Was konnte ihm da fehlen!

Anderwärts gewiß nichts; in Bayern zog er sich damit den letzten Halt unter den Füßen weg. Wir haben wohl seit 1899 eine geschlossene klerikale Landtagsmehrheit, aber wir haben das alte „liberale“ Ministerium behalten. Nun würde das ja an sich nicht viel besagen, zumal man das Wörtchen „liberal“ wie im allgemeinen, so hier besonders nur mit Wenn und Aber gebrauchen darf. Über dieses sogenannte liberale Ministerium wird vom Verwahrer der Krone gestützt; im Guten läuft der Prinzregent nicht von ihm. Na und zum bösen — dazu fehlt den Schwarzen der Mut.

Unsere liberalen Minister haben es denn auch verstanden, mit der klerikalen Mehrheit recht freundlich zu wirtschaften. Mein Gott, im bayerischen Spektrum von heute liegen violett und schwarz ganz nah bei einander. Immerhin aber: so ganz die Farbenunterschiede zu vergessen, so ohne jede Wartezeit von einer zu der andern überspringen — das ging denn doch gegen die alte gute Tradition der Schiedlichkeit. Außerdem: im Herzen könnten unsere fünf Exellenzen die schwarzen Gesellen nicht ausstehen. Sie haben gewisse Manieren an sich, die arg nach dem Geistadel duften; einige von ihnen haben fanatische Augen im Kopf, deren Anblick auf verfeinerte Neven unerträglich wirkt; noch anderen — und diese sind viel zahlreicher — steht die Stupidität zum Abschluß deutlich im Gesicht geschrieben. Vor allem aber: nach dem Wahlsieg von 1899 glaubten unsere Minister ernstlich, es ginge ihnen an den Kragen. Sie haben unter dieser Furcht angstvolle Wochen und Monate verbracht, bis sie entdeckten, was andere vor ihnen wußten, daß sie es mit einer Herde von Feiglingen und impotenten Greisen zu thun hätten. Und mit der Angst war auch die Achtung zum Teufel.

Einer solchen Mehrheit hatte sich Robert Landmann, der einstige „Liberaler“, mit Haut und Haren überantwortet; ihr hatte er willig die gewagtesten Zuträgerdienste geleistet. Das ging denn doch über das weite Maß dessen, was ein liberale Gesamtministerium sich an klerikaler Betätigung leisten wollte. Der Ministerrat trat zusammen und beschloß sein Mitglied Landmann in einigen der wesentlichsten Punkten. In der Not der Prüferstellung beschloß er sich der Minister gegen die Kultur schlemigst mit, aber das Grab, das er sich selbst gebraten, schloß sich nicht wieder. Als nun gar der Reichsrat, unsere Magnatenkammer, in die Opposition ging und einer der Erlauchten das Wort „Fortschritt“ in den Mund nahm, ohne daß seine Nachbarn zu Eis erstarrten, da fuhr „Onkel Robert“ in die Grube, ohne daß ihm Zeit gelassen wurde, sich von seinen vielen neuen Nassen auch nur zu verabschieden.

Und diese lieben Überwandten? Sie standen zunächst stark vor Staunen und Schreck. Dann fanden sich wieder Worte bei ihnen ein und sie erklärten, vornehmlich mit den Zähnen zu knirschen. Gehört hat es niemand, aber es wird wohl wahr sein. Hierauf sahen sie sich den Rest des Kultus- etats an und strichen einige Ausgaben für Bildungs- und Kunstzwecke, darunter auch die berühmt gewordene 100 000 Mark für staatliche Gemäldeankäufe. Und als dies geschehen war, bewilligten sie ein säuberlich das Budget und ließen sich heimziehen.

Dort würden sie heute noch in tiefster Trauer sitzen, wenn nicht inzwischen von Swinemünde aus ein Telegramm gesichtet und gegen den ausdrücklichen Willen der bayerischen Empfänger veröffentlicht worden wäre. Die „blamierten Bayiwaren“ jauhten auf, als sie Kunde davon erhielten. Nunmehr hatten sie einen Stoff, den sie ihren Schätzlein vordeklierten könnten; die Gefahr der Einnischung Preußens in innerbayerische Angelegenheiten lang nicht so übel. Die erbärmliche Niederlage des Centrums in innerbayerischen Angelegenheiten wurde darob hoffentlich vergessen.

Hier und da ist mit dem Entrüstungsfeldzug auch schon begonnen worden. Schädler, der Bamberger Domdekan, hat sich in seine Männerbrust geworfen; Richter, der jerapäische Engel von Passau, hat seine Oppositionsader angezündet; aber Gott sei's gefügt, die Geschichte will nicht vom Fleck. Das Publikum, auch das bayerische, ist allmählich das Tele-

graphieren so gewöhnt geworden, daß es auf eine Depesche mehr oder weniger kein Gewicht mehr legt. Die Buren-generale interessieren weit mehr als der Einfall von Swinemünde.

Dagegen beginnen die gutkatholischen Centrumsbauern sich bereits lebhaft mit den Lasten zu beschäftigen, die ihnen das Schulbedarfsgesetz neu auferlegt. Und bei dieser Beschäftigung liegt die Blamage des Centrums aus allen Riten hervor. Es wird sogar behauptet, die katholische Volksseele sei wieder einmal ins „Nothen“ gekommen. Auf dem Feuer stehen die Centrumstöpfe; es beginnt im Lande nach Angenbrunnen zu riechen. Das wäre erklärt. Ein gutkatholischer Bauer hat außer für sich selbst für niemand in der Welt Geld übrig, am allerwenigsten für den Lehrer, der die überflüssigsten Dinge treibt und ihm nicht die geringste Existenzberechtigung nachweisen kann.

Kommt hinzu, daß das liebe Schulbedarfsgesetz, die große That des Centrums im abgelaufenen Landtagsjahr, eine Menge Unklarheiten gelassen und das finanziell Entscheidende in ein gewisses Belieben der Regierung gestellt hat, so kann man sich ohne Mühe ausmalen, daß die schwarzen Beschwichtigungsrate alle Hände voll zu thun haben, um in den nächsten Wochen und Monaten die Überzeugung nicht allzu weit dringen zu lassen, daß sie sich wieder einmal in die Neujahrsfeier gesetzt haben.

Das möchte noch hingehen und ein gewisser Erfolg würde ihren krampfhaften Bemühungen von vornherein nicht abzusprechen sein, wenn das Centrum allein am bayerischen Schulbedarfsgesetze herumfrankte. Es hat aber noch andere Schmerzen, die nicht minder weh, vielleicht noch weh thun. Tellur.

Politische Übersicht.

Magdeburg, den 28. Oktober 1902.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 27. Oktober. Das Haus war so schlecht wie möglich besetzt. Matt und langsam schlepten sich die Verhandlungen dahin; die heutige Debatte zeigte kaum ein bemerkenswertes Moment. Der freisinnige Redner Dr. Müller-Sagan polemisierte gegen die Bollerhöhung, aber gegen Bebels glänzende Rede fielen seine Ausführungen sehr ab. Herr Dr. Spahn vom Centrum gehörte neben dem Konservativen Nettich zu den wenigen Leuten, die noch heute an ein Zustandekommen des Tariffs glauben; daher denn auch die zaghaften und für einen Umsatz die Hinterporte offen lassende Art und Weise, wie er sich für die Bindung der Viehzölle aussprach; daher die wehmütig klugende Entschuldigung wegen des Nettilschen Schlussantrages, den Herr Spahn als ein unschuldiges Missverständnis hinzustellen suchte.

Der nationalliberale Hamburgische Rechtsanwalt Semler, Abgeordneter eines ostfriesischen Wahlkreises, suchte vergebens die Richtigkeit der Bebelschen Ausführungen zu widerlegen, die er noch dazu, wie nachher Bebel in einer persönlichen Bemerkung feststellte, in den entscheidenden Punkten missverstanden hat. Herr Semler ist natürlich für die Regierungsvorlage und die berühmte, seinem Parteigeschmack natürlich sehr zusagende „mittlere Linie“. Eine „konzentrierte Säure des Bündertumms“ war — nach Pachnicke nicht üblem Ausdrucke — die Rede des Konservativen v. Oldenburg-Ranisch, der natürlich mit voller Eungenraft für Mindestzölle — möglichst in der Höhe der Wangenheimischen Säge — sich ereiste.

In Herrn v. Bobbielski hat der Bündlersprecher ziemliches Bulauen; zu der Regierung im allgemeinen schon weniger; die Mindestzölle sind nach ihm ein Missbrauchsdatum gegen den Geist des — um mit Harden zu sprechen — Caprievismus“. Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung sprach nicht unglücklich gegen die Politik der Agrarier; recht treffend waren seine Schlussausführungen über die wenig brüderliche Art und Weise, mit der die Herren Großgrundbesitzer den Kleinbesitz in Sachsen Gutsbezirke, Kreisausschüsse, Landwirtschaftskammern usw. zu behandeln pflegen. Abg. Dr. Becker vom Centrum sang das nach Text und Melodie ebenso bekannte wie abgeleerte Lied von seiner Mutterpartei, die — nach ihrer eigenen Behauptung — alle Klassen, alle Stände, alle Berufe mit gleicher Nächstenliebe umfaßt. — Morgen wird weiter über die Mindvielzölle verhandelt werden; wieder hat man ohne Rücksicht auf die Kinderschutzkommission den Auftang der Sitzung schon auf 12 Uhr anberaumt. —

Minimaltarif ist Unfassbar.

Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht ein sehr langes Interview, das einer ihrer Mitarbeiter mit einem „im Mittelpunkt der Ereignisse stehenden Staatsmann“ gehabt haben

will. Beider läßt sich ohne Nennung des Namens schwer beurteilen, wie groß die Bedeutung dieses Interview eigentlich ist. Ist jener Staatsmann *P o s a b o n s t y*? Eigentlich ist er der einzige, der in Betracht kommen kann, denn *Bülow* blieb einen Vertreter des „Tageblatt“ empfangen und *P o d b i e l s k i* wied sich wohl nicht von einem freisinnigen „Paus“journalisten vor den Gauch schlagen lassen.

In dem Interview sind zwei besonders bemerkenswerte Stellen. Der „Staatsmann“ meint:

Auch dem enttäuschten Agrarier muß es nach den weiteren eindeutigen Erklärungen des Reichstags und des Staatssekretärs des Innern nunmehr ausgeschlossen erscheinen, daß die verbündeten Regierungen in Bezug auf Ausdehnung des Prinzips der Mindestzölle oder in Bezug auf die Vollsähe für Hörnerfrüchte Konzessionen machen.

Weit eher steht zu erwarten, daß die verbündeten Regierungen bereit sein würden, auch noch auf diejenigen Mindestzölle, die sich heute in der Vorlage befinden, zu verzichten.

Diese Regierung soll offenbar ein Schreckliches für die Agrarier sein, die Regierung würde die Minimalzölle fallen lassen, wenn die Linker nicht die Regierungsvorlage annehmen.

Zum Schluß heißt es:

Für die freihändlerische Richtung liegt die Frage so, wie vielfach auch sonst in der Politik. Das, was man für das Wünschenswerteste hält, kann nicht erreicht werden, man muß also das nehmen, was man für das geringere Nebel ansieht. Der freihändlerischen Richtung erscheinen Handelsverträge mit erhöhten Agratzöllen unsympathisch. Aber sie hat voraussichtlich nur darüber zu entscheiden, ob sie überhaupt in Zukunft Handelsverträge beziehungsweise stabile Zustände im Außenhandel, wenn auch bei höheren Zöllebzöllen, haben oder aber unter Vaterland der Gefahr aussehen wollen, daß wir in einen vertraglosen Zustand oder in Vollstriege geraten, für die wir uns schließlich die dann notwendigen Waffen erst nach Eröffnung des Krieges schmieden müßten.

Die beiden Regierungen sind darauf berechnet, die Linke dahin zu drängen, den Bollartif anzunehmen, wenn die Minimalzölle fallen oder die Konservativen zu veranlassen, ihrerseits den Schuhhandel mit der Regierung abzuschließen, um nicht noch weniger zu bekommen, wie die Regierung ihnen zubilligen will.

Ein staatsgefährliches Waffen-Festspiel vor dem Ober-Verwaltungsgericht.

Der „Allianzische Turnerbund Sachsenhof“ wollte in Hannover am 14. April 1901 mit einer Feier des Geburtstages des ehemaligen hannoverschen Königs Georg die Einweihung seiner neuen Fahne verbünden, und zwar sollte die eindrückliche Fahnenweihe in ein eigenes Zweck gedichtete Festspiel verlegen werden. Am Tage gefügten heftigst treten neben althannoverschen Veteranen junge Hannoveraner im Turnertum auf und sprechen gleich den Alten viel von der Freude zum angestammten Herrscherhaus, das Gott eingiebt habe und dessen noch lebende Mitglieder fern von der Heimat weilen müßten. Es wird dem Turner darüber Ausdruck verliehen und die Hoffnung auf eine vereintige Wiederkehr ausgesprochen. Da hincin singen auch Töne des Hornes. Aber will, so heißt es an einer Stelle, „Stand halten den jungen Nachzettern im geistigen Gesetz“. Zum Schluß sollen die Turner aufmarschieren, die Fahnenweihe soll vor sich gehen unter Weiß, die Fahne vor den im bengalischen Licht erstrahlenden Wappen der Königin Marie, Gottes 5., des Herzogs Ernst August von Cumberland und der Prinzessin Thyra gesetzt werden.

Der Herr Polizeipräsident verbot die Aufführung des Festspiels als staatsgefährlich, indem er sich auf § 10, 2, 17 des Allgemeinen Landrechts berief, und erwiderte auf die gegen das Verbot gerichtete Klage des Turnclubes: In dem Zustand werde die Aufführung des Festspiels Hannover vom vorausgewählten Staat und die Sicherheitsaufsicht der freien Reichsbeamten erhofft und die Herrschaftsämter bereitgestellt. Ein bewußtes Eintritt in das Protagonum erweist aber und erhalte in der Bevölkerung im Geiste der Unruhe und Unzufriedenheit und jetzt eine Handlung, die geeignet wäre, dem Wahl des Stammes Anhänger zu bringen. Gekommen Hartkunst mußte die Polizei zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ entsprechen. Die Polizei habe nicht nur dem Staat unmittelbar drohenden Gefahren, sondern auch allem vorzubereiten, was die Partei der Seite bringen könnte.

Die Bezirksausschlag in Hannover hat die Klage des Turnclubs ab und führte aus: Ganzlich sei der Einwand, daß durch das Verbot des Zustands das Recht auf freie Meinungsausübung behindert und das Recht auf Friede und Ordnung verhindert werden, nicht so konkrete, daß mit einem solchen Verbotserlass. Die ganze Veranstaltung sei eine öffentliche gewesen und habe, wie ja auch dann solche das Recht, geprägt, den Charakter einer politischen Demonstration gehabt. Das Zustand habe in der öffentlichen hannoverschen Führer dass ist, offenkundig ist. Diese Fide habe man gebührt, die Führer der Partei der vorausgewählten Herrschaften hier zu leben gewiesen und befürworten. Wenn, wie Graf Eichendorff weiß, hatten in weltlichen Zeiten gesprochen. Das Zustand, das der Bezirksausschlag so bestreift wie der Polizeipräsident, hätte bei einer so vorbereiteten Menge ganz besonders geregt werden können. Auf jeden Fall sei eine Erziehung der öffentlichen Menge, Ordnung und Sicherheit zu befürchten gewesen. Auch habe es gezeigt, wie gefährlich machen können, solche inneren Anschauungen und Werke, die gefährlich machen können, zu fördern. Zum Beispiel der Verschaffung, im Falle einer Klage des Stammes die Gelegenheit zu benutzen, Hannover von Preußen loszureißen. Wenn es werde in dem Zustand Stimma genutzt, gegen die Herrschaft des preußischen Königsstandes in Hannover. Die Verhetzung gegen das regierende Herrscherhaus könne einen solchen anstreben verfechten, wenn ihm die Agitation der Waffenpartei nicht schnell genug wäre, zu verbrecherischen Mitteln zu greifen und verbrecherische Handlungen zu begreifen.

Der Vorstand des Turnverbands legte noch Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht ein, der dem ein Auswurf des Ministers des Innern sich im Falle der Ausführungen des Polizeipräsidenten und des Bezirksausschlags anschließt. Der Herr bestonte u. a., daß die Stellen im Dienst, die vom seitigen Stamm handelten, nicht ernt gewesen seien; sie wohnten zu dem übrigen „wie die Karthaus aus Engel“. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Verurteilung. Gründe wurden nicht verdeckt.

Der preußische Staat kommt allmählich an, jede, auch die am wenigsten ernst zu nehmende Opposition zitternd zu fürchten. Die Kreisfeste rückt nicht eine Staatsregierung sein, welche die königlichen Standesbeamten des Gouvernements aber nur folgerichtigen Zeichen zu setzen, der Waffenpartei möglich zu unterdrücken sucht!

Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. Seit dem Jahre 1872, dem Jahre der Einführung der neuen Gerichts-

organisation, hat sich die Zahl der preußischen Richter erster Instanz von 3380 auf 4044, die der Assessoren von 299 auf 1979, die der Referendare von 8228 auf 5819 gehoben. Am wenigsten Referendare hatte das Jahr 1891 aufzuweisen, nämlich 2980. —

Die soeben zur Ausgabe gelangte Nr. 48 des „Reichs-Gesetzblattes“ enthält die Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der *M o s c h a r s p i n n e r e i e n*, *H a a r -* und *V o r s t e n z u r i c h t e r e i e n*, sowie der *W i n s t e n -* und *W i n s m a c h e r e i e n*, vom 22. Oktober 1902. —

Der auf Grund der mit Sachverständigen aller Zweige des Versicherungswesens gepflogenen Beratungen im Reichsjustizamt umgearbeitete Gesetzentwurf über den *W e r s i c h e r u n g s v e r t r a g* wird nunmehr in aller nächster Zeit zur Verwendung an die Einzelregierungen sowie zur Veröffentlichung gelangen. —

— **Umfall in Sicht!** Die „Kreuzzeit.“ veröffentlicht einen Leitartikel über die „zollpolitische Lage“, in dem sie schreibt:

Graf Bülow mag nur seinen Willen und geben, er braucht sich nicht einmal wie der jeweilige englische Premier der Ansicht der Mehrheit in allen Stücken zu führen, sondern nur ein grundsätzliches Entgegenkommen erkennen zu lassen, dann wird von einer Zertifikate des Reichstages auch nicht einmal von böswilliger Seite mehr gesprochen werden können, ja vielleicht würde dann auch die nationalliberale Partei sich dazu bequemen, so „geschlossen“, wie sie vermag, auf die Seite der positiven Mehrheit zu treten.

Das heißt mit anderen Worten: „Wir wollen ein scheinbares Entgegenkommen, um unseren Umfall zu verschleieren. Im übrigen begnügen wir uns mit der Regierungsvorlage, denn wir Linker nehmen, was wir kriegen können.“ Nur von der Sozialdemokratie ist Haltung vor dem Wucherarbitri zu erwarten, nicht aber von dem „Alles oder nichts“ der Konservativen. —

— **„Die elende Flottenpolitik.“** Der Centrum-abgeordnete Dr. Helm halte ausgeplaudert, daß die Agrarierführer ihn für die „elende Flottenpolitik“ scharf zu machen gesucht haben, ist — nach unserer Münchener Parteiblatt — Dr. Helm, derselbe, der das Wort von der „gräßlichen“ Flotte geprägt hat, um nachher für die Flottille vermehrung zu stimmen. Er sagte „Ja“ und hoffte — leider vergeblich — daß die Mehrheit „Nein“ sagen würde. —

— **Kaiser und Kanzler.** Die Münchener „Allg. Zeit.“, welche bekanntlich zur Hamann-Presse gehört, macht daran aufmerksam, daß der Kaiser sofort nach seiner Rückkehr aus Blankenburg a. H. mit der Kaiserin zusammen den Grafen Bülow zum Diner besucht hat. Auch Herr v. Hahn, den die „Rhein.-Westl. Zeit.“ als Nachfolger Bülows bezeichnet hatte, war mit dem Kaiser zusammen bei dem Diner. — Allerdings ist dieses Mittagessen das für alle Teile angenehmste Dementi. Aber freilich kann man nicht wissen, ob wir nicht jetzt in die Aera des Bülow-Rückzugs eintreten. —

— **Der Kronprinz von Dänemark** ist in Botschaft angekommen, um den Kaiser zu besuchen. Der Polizeiaufmarsch gegen die Dänen in Nordschleswig geht natürlich fort.

w. **Öffentliche Kollekten und Kammergericht.**

Drei preußische Staatsbürger polnischer Abkunft sollten sich gegen eine der allenthalben in Preußen erlassenen Regierungsvorordnungen vergangen haben, welche die Veranstaltung öffentlicher Kollekten von einer Erlaubnis der Oberpräsidenten abhängig machen. Der eine der Angeklagten hatte in einer Gastwirtschaft Deutschrästen verteilt und freiwillige Beiträge für die Familien der Wreschener Verurteilten entgegen genommen. Und den andern beiden Angeklagten waren herartige Liebesgaben in ihre Wohnung gebracht worden, damit sie an beugter Stelle abliefern sollten. Nachdem alle drei vom Landgericht verurteilt worden waren, hob das Kammergericht das Urteil wieder auf, sprach die beiden zu leicht erwahten Angeklagten frei und wies die Sache bezüglich des dritten an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung zurück. Begründend wurde ausgeschaut: Ein Verbot öffentlicher Kollekten sei nur soweit zulässig, als es sich um Hauskollekten handle, das heißt nur solche, zu deren Veranstellung die Beitragssammler von Haus zu Haus gingen und zum Zwecke des Sammelns in die Häuser eindringen. Nach diesem Grunde müßten die beiden Angeklagten, denen das Geld zugeworfen sei, ohne weiteres freigesprochen werden. Bezüglich des dritten sei festzustellen, ob er von Kneipe zu Kneipe gegangen sei. —

Oesterreich.

Kaiserlich-königliche Familienangelegenheiten.

Die „Morgenpost“ meldet aus Wien: Die Gräfin Louhav, die im strengsten Inkognito hier eintraf, empfing gestern mittag den Besuch des Kaisers. Die Gräfin soll dem Kaiser über die Vorgänge in Brüssel berichtet und seine Intervention in den schwierigen vermögensrechtlichen Angelegenheiten erbeten haben. — Man behauptet bekanntlich, Leopold der Edle von Belgien wolle mit seiner Tochter um die Erbschaft von deren Mutter haushaltig prozessieren. Hoffentlich bringt der „Franz“, der Schwiegervater der Gräfin aus erster Ehe, die Rechnung ins Steine. —

Frankreich.

Vom französischen Bergarbeiterstreit.

ac. Das Nationalkomitee der Bergleute hat durch seinen Sekretär Cotte an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem es heißt: Aus der Presse sei ersichtlich, daß die Unternehmer den Zweck verfolgten, die Arbeiter zu veranlassen, in möglichst großer Zahl einzufahren, um dadurch die schon begonnenen Unterhandlungen zum Scheitern zu bringen. In dieser Zeit der Unterhandlungen müßten aber beide Parteien vollständige Neutralität bewahren; der Verband der Bergleute befiehlt dies auch. Wenn die Bergarbeiterverbände in dieser Weise weiter arbeiten, seien auch die Bergleute gezwungen, wieder mit größtem Eifer für den Streit einzutreten, auch in solchen Gebieten, die bisher davon unberührt geblieben waren.

Das Komitee für den Pas de Calais und Norden hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober folgenden Beschuß gefasst: Die Einigungsumterhandlungen müßten für die einzelnen Kohlengebiete gesondert geführt werden, weil die Verhältnisse verschieden seien. Dieselben haben sich auf folgende Punkte zu erstrecken: Erhöhung der Löhne, Kontrolle über die Löhne, Festsetzung eines Lohnminimums, Abschaffung der Überarbeitszeit, keine Maßregelungen infolge des Streits. Diese Beschlüsse sind telegraphisch dem Ministerpräsidenten übermittelt. —

Presseprozeß.

Cochefert, der Chef der Kriminalpolizei, wurde vom Polizeipräfekt ermittelt, gegen den „Gaulois“ wegen besseren Behauptung, daß Cochefert die Flucht der Familie Humbert begünstigt habe, die Verleumdungsklage anzustrengen. —

Schweiz.

Wahlergebnis.

Bei der Gesamterneuerung des Nationalrats am Sonntag, dessen Mitgliederzahl infolge der Vermehrung der Bewohnerung von 147 auf 167 steigt, wurde die bisherige radikal-demokratische Mehrheit bestätigt. Die noch zunehmenden Stichwahlen können an diesem Ergebnis nichts ändern. Die Sozialdemokraten erhalten einen Zuwachs von 2 bis 3 Mandaten und dürften damit auf etwa 5 Mandate kommen. —

England.

Von Eduard des Dicken Mummenhans.

Bei dem Umzug, den die korpulente Majestät durch die Straßen Londons veranstaltet hat, war am Trafalgar Square eine Tribüne errichtet, wo der Präsident des Londoner Grasschaftrats dem König eine Ergebenheitsadresse überreichte. Nur wenige Minuten dauerte die Szene. An der Grenze der City wartete in mittelalterlicher Pracht der Lord Mayor und überreichte — als Zeichen der Huldigung — dem König das Schwert, das dieser bald wieder seinem ursprünglichen Besitzer zurückgab. Mit dem Lord Mayor an der Spitze bewegte sich der Zug nach der Guildhall, der Halle der mittelalterlich-municipalen Gilde, wo der König bewirtet wurde. Der umfangreiche Monarch soll sehr komisch ausgesehen haben. —

Chamberlain in Südafrika.

Das Kolonialamt veröffentlicht folgende Note: König Eduard hat folgenden Beschuß gebilligt: Der Staatssekretär für die Kolonien wird sich demnächst nach Südafrika begeben, um an Ort und Stelle Fragen zu lösen, welche infolge des Krieges aufgeworfen worden sind. Chamberlain hofft, die Gelegenheit zu finden, mit den Vertretern sämtlicher in Frage stehenden Interessen in Verbindung zu treten und einen Meinungsaustausch über die zu befolgende Politik herbeizuführen. Der Kolonialminister beschäftigt England im November zu verlassen und im März wieder zurückzukehren. Er wird die Kapkolonie, Natal, den Oranje- und Transvaal-Staat besuchen. — „Wir halten das Land nicht lange mehr so wie jetzt. Nur eine Politik der Geduld und der Mäßigung, sowie Rücksichtnahme und die Gewährung einer freien Regierung können das gewonnene Land der Buren für das Reich retten“ — so lautet das Schlussswort eines Berichts einer englischen Offizierskommission über die Situation in den neuen englischen Provinzen. An Chamberlain wird es nun sein, durch seine Inspektionsreise in Südafrika diese der Künigkeit und der politischen Notwendigkeit entsprechende Mission zu erfüllen. Ob er dazu den ungetümten Blick, den ehrlichen und rechten Willen mitbringen wird? —

Dänemark.

Wahlsieg der Liberalen.

Bei der Ergänzungswahl zum Folketing in Skive auf Jütland wurde an Stelle des bisherigen moderaten Vertreters ein Liberaler, der Hänsler Karl Hansen mit 817 gegen 835 Stimmen gewählt. Die moderate Folketingssfraktion, die vor zehn Jahren noch 40 Mitglieder zählte, ist nun auf 13 zusammengeschmolzen. —

Afien.

Italienisch-englischer Konflikt.

Die „Kronprinzen Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Das britische Auswärtige Amt benachrichtigte den italienischen Vertreter in London, daß, wenn die Türkei die militärisch besetzten Positionen in der Zone des Tribus Gabuchi nicht räume, die indische Regierung ein Expeditionscorps nach Aden abschicken werde, welches sich von dort nach den Positionen der unter englischem Schutze stehenden arabischen Tribus befreien der Türken begeben werde. Auch in der Audienz des englischen Botschafters gab dieser dem Sultan von der Absicht der englischen Regierung Kenntnis. —

Afrika.

Englische Expeditionen in Inner-Afrika.

Heute wurde die englische Flotte am Schadsee geholt. Heute macht die „Athenisch-Westitalische Zeitung“ die Mitteilung, daß auch sonst noch wichtige erfolgreiche Expeditionen der Engländer im Herzen von Afrika geschehen sind, welche bei der Auseinandersetzung mit denen die ganze Welt die Ereignisse des südostafrikanischen Krieges verfolgte, der Beachtung bisher entgangen waren und von den Engländern auch geheimnisvoll mit dem größten Geheimnis umgeben worden sind. Die afrikanischen Subsidenz wurden färmlich aufgegriffen, indes ist doch die völlige Pacifizierung jener Regionen noch nicht erreicht. Deshalb ist noch eine Entscheidung weiterer Kolonien in diesem Jahre geplant. Ob es jedoch dazu kommen wird, erscheint infolge der letzten Ereignisse im Somaliland nicht als fraglich. —

kleine politische Nachrichten.

Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der neuen Universität zu Mailand hat an der Universität Mailand auch den preußischen Kultusminister Dr. Stolz zum Ehrendoktor der Staatswissenschaften promoviert —

— In Sizilien sind durch Wahlenkämpfe von neuem große Überschwemmungen verursacht worden. — In Nantes wurde für den im Bureaux gesessenen Grafen Billroth-Mareuil ein Denkmal errichtet. — Lord Milner ist in Nizza abgekehrt und hat sich nach dem Mastellin-Palast begeben, wo er dem Théâtre einen Besuch abstattete.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 258.

Magdeburg, Mittwoch, den 29. Oktober 1902.

18. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(204. Sitzung.)

Berlin den 27. Oktober,

Am Bundesratssitz: Graf Rosabowly, v. Podbielski

Die zweite Lesung des Bolltarifgesetzes

(Mindestsätze für Rindvieh) und der betreffenden Position des

Bolltarif (102) wird fortgeführt.

Hierzu liegen eine Reihe neuer Anträge der Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) vor: 1. im Absatz 2 des § 1 des Tarifgesetzes den Minimalzoll für Rindvieh zu streichen. 2. in Position 102 (Rindvieh) statt „18 Pfund für 1 Doppelzentner Lebendgewicht“ zu setzen „frei“ und die von uns bereits gegebenen Anmerkungen zu streichen. Anmerkung 2 lautet: „Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen nach näherer Feststellung des Bundesrats Zugaben im Alter von 2½ bis 5 Jahren zum Bolltarif von 30 Pfund pro Stück eingelassen werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetrieb nachweislich notwendig sind.“

Um Fülle der Ablehnung des obigen Prinzipialantrages auf Kostenbeitrag die Abgeordneten Albrecht und Genossen (Soz.) eventuell: 1. die Worte „nach näherer Feststellung des Bundesrates“ zu ersetzen durch die Worte „unter den vom Bundesrat vorzuschreibenden besonderten Kontrollen.“ 2. statt „30 Pfund“ zu setzen „20 Pfund.“

Abg. Dr. Willseer-Zagan (Kreis. Bpt.): Die Worte des Kollegen Bebel über die Abhängigkeit der Tierärzte kann ich nicht vollkommen unterschreiben. In zahlreichen Zuschriften, die mir von Kreisärzten zugegangen sind, wird über diese Abhängigkeit und die schlimme Lage der Tierärzte gestellt. Ziehen Sie sich am besten, die es verhindern, beide Augen zu zudrücken. Die Agrarier schenken die Edith an der Preissteigerung den Händlern zu. Angesichts der Thatsache aber, daß die Fleischsteuerung eine fast internationale ist, kann von künftigen Preistreibereien nicht gesprochen werden. Bei uns aber sind die Preise am höchsten gestiegen, was zum Teil auf die Zurückdrängung des Viehmarkts durch die Spiritus-, Zucker- und Stärkeproduktion zurückzuführen ist. Unter solchen Umständen noch höhere Zölle auf Vieh und Fleisch zu verlangen, wäre lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre. (Sehr richtig links.) Wir werden gegen die Erhöhung der gelebten Vertragsläufe wie auch gegen die Bindung durch Minimalzölle stimmen. Mit Rücksicht auf das Wohl der Gesamtbewohlung sollte die Regierung verzichten auf eine Vorlage, die so unheilvoll eingreift in die Ernährung der Bevölkerung. (Weißfall links.)

Abg. Dr. Spahn (Centrum): Mindestzölle für Vieh sind ebenso wichtig wie solche bei Betriebe. In der Begründung der Vorlage ist nachgewiesen, daß der Fleischbedarf der Bevölkerung bei einem genügenden Rindfleisch wohl von der Landwirtschaft gedeckt werden kann. Ich hoffe, daß wir die Veratungen in gebessriger Weise fortsetzen und zu Ende führen werden. (Weißfall im Centrum. Lachen links.) Wir wollen die Landwirtschaft durch die in der Kommission beschlossenen Bindungen schützen. (Weißfall im Centrum.)

Abg. Dr. Semler (nass): Ich bin mit Herrn Bebel darüber einverstanden, daß wir die Verpflichtung haben, die ganze Vorlage ordnungsgemäß zu beraten, aber daneben haben wir die andere Verpflichtung, diese Vorlage auch ordnungsgemäß und prompt zu

erledigen, d. h. so schnell wie möglich. (Lachen links.) Alles, was sich gegen diese prompte Erledigung wendet, wäre ungültige Obstruktion. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Darüber wird das Volk entscheiden. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Wir werden für die Regierungsvorlage stimmen. Herr Bebel hat aus dem statistischen Material, das er vorbrachte, durchaus falsche Schlussfolgerungen gezogen. Wenn die politischen Grenzen mit ihren natürlichen Beschränkungen nicht vorhanden wären, so müßte man sie — um sich paradox auszudrücken — im Interesse unserer Viehzucht erfinden. Wie kann Herr Bebel die Erfüllung der holländischen Grenze verlangen, da doch selbst das deutsche Vieh in Südwürttemberg unter gewissen Bedingungen in Quantität genommen wird? — Käst Bismarck hat sich im zweiten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ entschieden für das System der Grenzverträge ausgeschlossen. Die Erleichterung des französischen Viehfuhrz mit dem Elsass z. B. nennt er „den Ausdruck der Kampfeslust, die die Zukunft für etwas Unmöglichkeit in der Vergangenheit zu erwarten bereit ist“ und fährt dann fort: „Der Zweck, woher es Fleisch zu haben, wird durch taxe Behandlung der Anstrengungsgefechte ebenso wenig gefördert werden, wie die Lösung des Elsass von Frankreich durch die beifallsbedürftige Wichtigkeit gegen totale Beschwerden und Schwierigkeiten.“ (Weißfall bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Oldenbourg-Zanaßen (lins.): Meine politischen Freunde werden einstimmig für die Bindung der Viehzölle einstimmen; was die Rolle der Zölle betrifft, so wird eine Minorität für die Aufgabe Rangenhalt, die Wehrhaft für die Stimmungshäufigkeit eintreten. An der Krone der Bindung der Viehzölle kann der Bolltarif vielleicht scheitern. Gewiß hätte zur Zeit des kleinen Bismarck niemand Mindestzölle verlangt, weil man überzeugt war, er würde schon machen. (Sehr richtig rechts.) Gleichzeitig hätte man noch Mindestzölle verlangt, um den Viehmarkt auf einer normalen Höhe halten. (Lachen links.)

Abg. Dr. Bachteler (Kreis. Bpt.): Wollte der Herr Marschall sich vielleicht für die Stelle des ersten Bundesministers vorstellen? Überfalls waren keine Ausschreibungen die lautstarken Säume des Bismarckzolls. (Lachen rechts.) Ich bringe Ihnen hier ziemlich jung im Reichstag; daher werden wir für einzelne seiner Äußerungen auf mildnernde Umstände plaudern müssen (Unterlaß redus.). Er behauptet, die Linke habe nichts gegen die städtische Schlachtfeste gehabt. Aber gerade die Linke hat den Antrag gegen die Schlachtfeste gestellt (Linke rechts: Stadtverordneten-Versammlungen); ein Teil der Rechten aber hat gegen diesen Antrag gestimmt. (Kört, hört links.) Auch wir sind bereit, die deutsche Viehzucht zu schützen, halten aber die Erhöhung der Viehzölle für kein geeignetes Mittel. Länder, in denen die Viehzucht in hoher Wüste steht, wie Dänemark und England, haben keine Viehzölle. Die Vermehrung der deutschen Viehwirtschaft hat nicht Schritt gehalten mit der Vermehrung der deutschen Bevölkerung; die Bevölkerungszunahme ist aber entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. — Die Fleischnot läßt sich nicht verhindern.

Leugnen; erst längst hat der Verwaltungsdirektor des Berliner Schlachthofs einen Mangel an Schlachtvieh konstatiert, wie er nach seinen Erfahrungen bisher noch nicht vorgekommen ist. Die eigentümliche Art der Ausführung des Fleischbeschaffungsgesetzes erfordert immer wieder den Verdacht, daß es sich dabei nicht lediglich um veterinarpolizeiliche, sondern in hohem Maße auch um protellistisch-nationalistische Interessen handelt. — Wir werden dem vom Abg. Bebel angestellten Antrag, nach der Abstimmung über die Viehz- und Fleischzölle die Verhandlungen über den Bolltarif auszusetzen, den Reichstag in die Ferien zu schicken und ihn erst wieder zur Staatsveratung aufzumachen zu rufen, gern zustimmen. Jedoch: wenn die Herren das ablehnen und die Beratung fortführen wollen, so mögen sie das auf ihre Verantwortung thun. — Eine Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitzern und Bauern besteht nicht. Der Landadel hat seit den kleinen Bauern bedrückt, ihnen keine genügende Vertretung in den Kreisräten und Landwirtschaftsräten zugestanden. Das vergibt der kleine Bauer nicht. Mit allen Rechten werden Sie (nach rechts) ihn nicht von der Interessenharmonie zwischen Groß- und Kleinbesitz überzeugen. (Sehr richtig und Weißfall links.)

Abg. Dr. Becker (Centrum): Neben die Grenzverträge hätte sich Herr Bebel bei der Beratung der Interpellation über die Kleinrentenerziehung aussprechen sollen; nicht beim Bolltarif. Meine Partei teilt in der Viehzöllefrage wie überall für die Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit ein; wir sagen: Sehen daß seine (Abg. Stadthagen): Es fragt sich nur, in welchem Maße; wir werden nie dafür zu haben sein, einen einzelnen Stand auf Kosten anderer Stände zu befürworten. (Sehr richtig links.) Sehr richtig im Centrum. Die Notlage der Landwirtschaft ist auch aus alterer Sicht wiederholt worden. Meine Partei beruft mit der Befürwortung der Minimalzölle nicht den Zweck einer Steigerung der Preise, sondern wir wollen die Viehzölle nur auf einer normalen Höhe halten. (Lachen links.)

Ich hoffe, daß eine Verständigung noch möglich ist und der Tarif auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse fertiggestellt wird. (Lachen links.) Sollte die Vorlage aber an der Unmöglichkeit einer Verständigung scheitern, so trifft die Verantwortung dafür die Regierung. Diese Verantwortung ist eine sehr schwerelose (Weißfall im Centrum.)

Hierauf wird ein Beratungsantrag angenommen.

Abg. Bebel (persönlich) erklärt gegenüber dem Abg. Semler, daß er sämtliche Maßnahmen gegen das vom Auslande eingeschaffte Vieh durchaus billige. Er habe nur verlangt, daß diese Maßnahmen sozial gehandhabt würden, d. h. nicht vom agrarischen Interessenstandpunkt aus.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.

Schluß 5% Uhr. —

Soziales.

Mitteilungen des Magdeburger Gewerkschafts-Sekretariats.

Für welche Vorklasse sind Marken der Invaliden-Versicherung zu leben?

Häufig kann festgestellt werden, daß die Miete deshalb eine so niedrige ist, weil für eine zu niedrige Vorklasse Marken verwendet sind. Der Zweck des Invaliden-Beschaffes, den altersschwachen

Arbeiter! Parteigenossen in Magdeburg!

Noch eine einzige Woche trennt uns von der Stadtverordnetenwahl! Laßt keinen Tag verstreichen, ohne die Wähler der dritten Abteilung auf das kommunale Ereignis aufmerksam zu machen. Es gilt die Euch durch die erbitternde Wahlrechtsvorlage angethanen Beleidigung zu rächen! Eure Feinde gilt es zu besiegen, damit sie an dem Attentat gegen die Volksrechte keine Freude erleben!

Nieder mit der Reaktion im Stadtparlament!

Feuilleton.

Notwendig verboten.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Captain C. von Sarauw.

(25. Fortsetzung.)

„Ja, ja!“ unterbrach ihn der Minister, der im Zimmer auf- und abging, indem er die Hände mit ausgebreiteten Fingern so gegen einander stieß, daß alle Fingerspitzen sich berührten. „Industrie und Handel liegen zur Zeit danieder im Lande, das ist nicht zu leugnen, wir hoffen aber —“

„Ach — es wird lange dauern, bis es darin besser wird! Ich weiß nicht, was hier zu Lande im Wege ist. Alles was man unternimmt, geht anfangs gut — ja glänzend sogar; aber plötzlich steht still und fällt aneinander, nichts gedeiht bei uns. Nehmen wir zum Beispiel die Aktienbank, die voriges Jahr mit so vielen Champagner gegründet wurde; sie ist bereits vollständig verfahren!“

Bei diesen Worten des Großhändlers fletsch der Minister einen Seufzer der Erleichterung aus. Er hatte befürchtet, daß der Großhändler gekommen sei, um ihn von der „Schwierigkeit, Geld zu bekommen“, „großen kontanten Vorschüssen“ und derartiger Unannehmlichkeiten zu unterhalten, die er vorzubringen pflegte, wenn er übler Lounie war. Die Aktienbank aber war ein ganz unschuldiges Gesprächsthema, und der Minister antwortete daher in scherzendem Tone: „Da muß ich fürwahr als Mitglied des Bankrates gegen Ihre Angriffe protestieren. Wir haben vielmehr — wie der Jahresbericht zeigt —“

„Ach was Verdiert,“ erwiderte Hafsl-Olsen zornig, „schöne Rechnungsabschlüsse aufzustellen, ist kein großes Kunststück; das kann heutzutage jeder Dummkopf. Woran es aber fehlt, ist Geschäftslüchtigkeit bei der Direktion. Was soll daraus werden mit allen diesen klugen Juristen, die nie in ihrem Leben ein Geschäft abgeschlossen haben, allen diesen

Staatsräten, Advokaten und Richtern — die verstehen die Sache nicht, nein, wahrhaftig, die verstehen nichts davon!“

Der Minister hatte längst begriffen, worauf der Großhändler hinaus wollte; er stieß die Finger leicht gegen einander und sagte: „Sie mögen darin zum großen Teile recht haben, mein Lieber, aber —“ er blieb stehen und fasste den Großhändler am linken Kolanusschlag, indem er hinzufügte: „Es ist doch sonderbar, sonderbar und beklagen wert, daß ein Mann wie Sie so ganz ohne allen Ehrgeiz ist.“

„Wie so?“ fragte der Großhändler und wußt einen unsicheren Blick auf den Minister.

„Es ist Ihnen niemals eingefallen, daß Sie sich gar zu wenig die Einflüsse bedienen, den Sie haben — oder doch haben könnten. Sie sprechen von der Aktienbank; nun wohl, wenn der alte Staatrat Falke aus der Direktion tritt, wie er dies wahrscheinlich bei der nächsten Generalversammlung thun wird, so wäre sein Posten gerade etwas für Sie.“

„Na, der ist gerade, den ich haben will,“ platzte der Großhändler heraus.

„Unmöglich — leider ganz unmöglich — mein Lieber!“ antwortete der Minister, der wieder auf- und abging.

„Nun, und weshalb denn, wenn ich fragen darf?“

„Weil Konsul Lind wahrscheinlich den vaganten Direktorenposten haben will.“

„Was? — will? — hat man je so was gehört!“ rief der Großhändler mit gezwungenem Lachen, „ich möchte wohl wissen, weshalb sich alles immer nach diesem Manne richten soll, er hat doch nicht viel mehr Geld als ich.“

„Nein — gewiß nicht; aber er ist zuverlässig.“

„Was meinen Sie damit? Bin ich vielleicht kein zuverlässiger Mann?“

„Ruhig — ruhig — lieber Freund!“ sagte Minister Bennecken lachend und drückte ihn auf den Stuhl nieder, „erlauben Sie mir, daß ich Ihnen meine Meinung durch ein kleines Beispiel deutlich mache. Sie geben, wie Sie sich erinnern werden, vor einigen Monaten einen Ball — ein glänzendes Fest, kann ich wohl sagen; es fehlte nichts; alles war hübsch, korrekt, würdig — kurz, comme il faut. Und

doch Erlauben Sie, daß ich Sie an einen einzelnen Austritt erinnere.“

Nun war der Minister in seinem Element. Kleine geheime Verhandlungen unter vier Augen bei geschlossenen Thüren waren so ganz nach seinem Geschmack. Seine Mede erhielt dann einen vertraulichen Ton — als ob er jeden Augenblick zu Gunsten dessen, mit dem er sprach, sein Herz öffnete und mitteilte, was er sonst niemand anvertraute, ja eigentlich hätte verschweigen müssen — und zwar in einer Weise, daß man von ihm in der Überzeugung fortging, im Besitz des ganzen ungeteilten Vertrauens des Ministers Vennecken zu sein und alle Geheimnisse der Regierung in der Hand zu haben. Und doch wurde es ihm nachgesagt, daß seine wesentlichste Eigenschaft als Staatsmann eine ebenso geschmeidige, wie unerschütterliche Disziplin sei.

Er rückte seinen Stuhl dicht an den Großhändler, wandte ihm sein hübsches offenes Gesicht zu und fuhr fort: „Es mag sich wunderlich annehmen, daß ein Gast die Wirtschaft kritisieren will, aber — wir kennen uns so gut, und da wir gerade auf das Thema gekommen sind, mag es mir vergönnt sein, einen — gewissen Grad von Bewunderung über Ihre Einladungen auszusprechen.“

„Wie? Das verstehe ich nicht —“

„Sehen Sie, mein lieber Freund, der Vorfall, an den ich Sie erinnern wollte, fiel beim Souper — das, nebenbei bemerkt, charmant war — in Ihrem Kabinett vor. Wie Sie sich ohne Zweifel erinnern werden, ward dort über Politik debattiert —“

„Aber, ich bitte Sie,“ warf der Großhändler ein, „das geschieht jetzt doch überall. Nennen Sie mir eine Gesellschaft, wo nicht über Politik gesprochen wird!“

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

„Ach ergl. Führt erfolglose Handlungen! Na, alles was recht ist, aber jetzt werden die Zeiten schon so schlecht, daß nicht einmal der Gerichtsvollzieher mehr was verdient!“ —

oder invaliden Arbeitern gegen die ärteste Not zu schützen, wird dadurch wesentlich beschränkt. Weider beweisen die schier endlosen Fälle, daß die Arbeitnehmer der Verwendung von Marken in ausreichender Höhe bisher sehr wenig Verständnis entgegengebracht haben. Dwar bestraf der § 176 des Invaliden-Gesetzes die Verwendung unrichtiger Marken mit Geldstrafe bis zu 300 Mark, aber wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter. Und die zur Kontrolle der Beiträge angestellten Beamten der Versicherungsanstalten sind — wie der Bericht der Berliner Versicherungsanstalt ausführt — durch die stete Unzufriedenheit der Geschäfte, insbesondere durch den außergewöhnlichen Zugang an zu kontrollierenden Invalidenrentnern, Erhebungen über die Heilsergebnisse, sowie die Recherchen bezüglich des Lehrpersonal und der Hausratsservice so belastet, daß für Neurevisionen keine Zeit übrig bleibt.

Wir wollen hier gleich bemerken, daß häufig Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen die Verwendung unrichtiger Marken veranlaßt. Fast alle Arbeiterselbstverwaltungsbüro verfügen diese Unwissenheit, und es scheint, als ob die vielen populären Erklärungen dieser Materie, die in Broschürenform in sehr großer Zahl im Umlauf sind, nur ungenügend wüssten.

Ein um so größeres Interesse hat der Versicherte, auf eine richtige Beitragsleistung zu hoffen. Und er kann das, wenn er nur die ihm wöchentlich in Abzug gebrachten Beiträge für diesen Zweck mit den Bestimmungen seines Krankenfassens-Statuts vergleicht. In diesem Statut ist der durchschnittliche Lohnsatz für ihn festgelegt. Dieser Satz wird mit 300 multipliziert — das Gefest nimmt nämlich 300 Arbeitstage für das Jahr an — und ergibt dann den Jahresdurchschnittsverdienst. Das Invaliden-Gesetz bestimmt nun, daß für den in dieser Weise festgestellten Jahresverdienst bis zu 350 Mark pro Woche 14 Pfennig-Marken, von 350 bis 550 Mark pro Woche 20 Pfennig-Marken, von 550 bis 850 Mark pro Woche 24 Pfennig-Marken, von 850 bis 1150 Mark pro Woche 30 Pf. Marken und von 1150 Mark und mehr pro Woche 36 Pfennig-Marken verwendet werden müssen. Sind nun für einen Arbeiter zu niedrige Marken verwendet worden, so wird er bei Beurteilung der Rente Schaden erleiden. Nehmen wir an, für einen Arbeiter sind 500 Wochenbeiträge in der dritten Lohnklasse mit 24 Pfennig gelebt. Es hätten aber 39 Pfennig-Marken gelebt werden müssen, weil sein durchschnittlicher Jahresverdienst mehr als 850 Mark betrug, so erleidet er als Altersrentenempfänger einen Verlust von 30 Mark pro Jahr. Als Invalidenrentenempfänger würde dieser Ausfall 20 Mark für das Jahr betragen. Diesen Schaden ergibt ihm zunächst niemand; und bei der leider niedrigen Rente fährt jeder Verlust den Betroffenen doppelt. Haft darum acht auf die Markenverwendung! — Anzeigen über die Verwendung unrichtiger Marken werden auf dem Selbstverständnis entgegengenommen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Oktober 1902.

Hausbesitzerverein und städtische Interessen.

Wenn der städtische Aufschlag zu der Staatseinkommensteuer nicht um mindestens 50 Prozent hinter dem zu der staatlich veranlagten Gewerbe- und Grundsteuer zurückbleibt, so bedürfen die von der Stadt festgesetzten Steuern nach dem Kommunalabgabengesetz der staatlichen Genehmigung. In diesem Jahre wurde im Mai von dem zuständigen Bezirksausschuß verlangt, daß der von der Stadt für dieses Jahr zu erhebende Aufschlag zu der Gewerbe- und Grundsteuer statt — wie es die Stadt festgesetzt hatte — auf 166 vielmehr auf 189½ Prozent, dafür der Aufschlag zur Einkommensteuer statt auf 136 vielmehr auf 134½ Prozent festgesetzt werde.

Der Stadtv. Schneider, der Vorsitzende und Vertreter der Hausschädlingskasse, machte den Vorschlag, sich diejenigen Bescheide des Bezirksausschusses nicht zu fügen, sondern die höchsten Instanzen anzurufen. Es stand von vornherein fest, daß keine Instanz der Stadtregerung eine andere Entscheidung treffen würde, wie der Bezirksausschuss. Wäre die Stadt aber dem üblichen Vorschlag des Herrn Schneider gefolgt, so hätte sie die Steuern für das Vierteljahr April-Juni erst im Juli erheben können und die Stadt — also die Gesamtheit der Steuerzahler — hätte die Steuern derjenigen eingebüßt, welche bis zum 1. Juli von Magdeburg verzogen sind.

Hier aber kam der Vorr. der Hausschädlingskasse über die ihnen zu hoch dünkenden Gründungen in Frage und deshalb entstieß es den Empfehlungen jener Begehrlichen — ohne Rücksicht auf den auch für sie selbst von vornherein feststehenden praktischen Widerspruch — aus sogenannten prinzipiellen Gründen den Kampf aufzunehmen. Unsere Ge- nossen wandten sich energisch gegen den unzweckmäßigen Vorschlag des Herrn Schneider und es gelang ihnen den Aufschlag zu geben. Gegen eine erhebliche Minderheit wurde der Stadt eine beträchtliche Summe erhalten, welche die bürgerlichen Stadtvororten am liebsten geopfert hätten, nur um den Hausherrn möglich zu schmecken.

Herr Schneider beantragt jedoch noch eine Petition an die gezeigten Städtevertreter um Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. Es sollte den Gemeinden gestattet sein, die Einkommensteuer beliebig hoch, die Gewerbe- und Grundsteuer beliebig niedrig zu erheben. Ein Erfolg hätte diese Petition nicht gehabt. Sie hätte aber einem Wundertum Ausdruck gegeben, der natürlich von keinem Arbeiter geteilt werden kann.

Die Einkommensteuer für die Einkommen bis zu 900 Mark werden freilich von den Bürgern nicht berührt. Die Einkommen von 900 bis 2000 Mark und mehr, die von dem noch nicht im äußersten Elend lebenden Teil der Arbeitersklasse, von den kleinen Beamten usw. bezogen werden, sollen aber im einzigartigen Interesse der Hausschädlingskasse höher belastet werden.

Die Demonstration für diesen sinnlosen Wunsch unterblieb; die Petition wurde nicht abgelehnt, weil unsere Ge- nossen ausdrücklich waren, die Minderheit hätte schließlich nicht den Mut, der Hausschädlingskasse zum direkten Programm zu erheben.

Wer nicht will, daß im nächsten Jahre die summe Einkommen abgeschrägt und Magdeburg zum Sumpf des ganzen deutschen Staates gemacht wird; wer nicht will, daß im nächsten Jahre durch sinnloses Hin- und Hertragen mit den Stadtvororten alle, die bis zum Juli die Stadt verlassen, zum Nachteil der übrigen Steuerzahler Steuerfrei ausgehen, der kann nur für die sozialdemokratischen Stadtvororten stimmen.

Doch die Gebäudesteuer freilich nicht den Mietern allzuviel kostet, was — wie es auch der Richter jetzt endlich

wollt — durch die Erhebung der Grundsteuer nach dem gesmeinen Wert erzielt werden; auch ist eine Entlastung der kleinen Gewerbetreibenden bei der Gewerbesteuer durch eine Progression anzubauen, wie sie von sozialdemokratischer Seite im Steuerausschuß schon beantragt ist. —

Kommen Sie nur, wollen wir eine Flasche Tee trinken?

Mit diesen Worten verließen am Mittwoch, den 22. Oktober d. J. der Kaufmann D. Richterstein nebst den Inhabern der Firma L. Schlesinger & Co. die Räume des hiesigen Landgerichts, nachdem sie eben von der hiesigen Strafkammer in der Berufungsinstanz von der Anklage der Übertretung der Bestimmungen der §§ 45 und 50 des Krankenversicherungsgesetzes freigesprochen waren. Die Herren konnten sich auch freuen über diesen Freispruch. Wenn man es gerichtlich bestätigt bekommt, daß man trotz § 80 des Krankenversicherungsgesetzes das beschäftigte Personal zwingen darf, einer Hilfskasse beizutreten, obwohl diese laut Statut geringere und minderwertigere Leistungen bietet, als die auf Grund gesetzlicher Bestimmung errichtete Zwangsfrankenkasse, welcher die Arbeiter ohne weiteres durch die Aufnahme der Beschäftigung nach gesetzlicher Bestimmung angehören, dann kann man derartige Freudenabschläge eines gequalten Unternehmherzens sehr wohl verstehen.

Ob sich über solche Urteile diejenigen freuen werden, welche nun erst zu ihrem Rechte zum Beitritt in schwach fundierte und wenig bietende Hilfskassen gezwungen werden, das steht auf einem anderen Blatte. Gerade die hier in Frage kommende freie Hilfskasse „Merkur“ hat sich unter der Geschäftsführung des Mandanten Hoh. Maß ihren Mitgliedern gegenüber so wenig courtois erwiesen, daß aus diesem Grunde die gesamten hiesigen Herzte für diese Kasse die Praxis eingestellt haben. Über die Gerichtsverhandlung ist folgendes Geuerkenswerte zu erwähnen:

Die Angeklagten haben zugegeben, daß sie ihr Personal zum Beitritt aus der aufgemannten Cristianenkasse und zum Übertritt in die reine Hilfskasse „Merkur“ angehalten haben. „Manchmal jedoch dabei nicht ausgetreten sein. Nebeneinkünfte und Beiträge nach dieser Richtung hin will man nicht vereinbart haben. Sie bei den Angeklagten leichtartigen Angestellten hat man zur Verhandlung als Zeugen nicht geladen. Deshalb konnte über die einheitlichen Angaben kein Beweis erbracht werden. In der Begründung des Freispruches bemerkte der Vorsitzende des Gerichts, daß die Rechnung der Angestellten nicht für erforderlich gehalten ist, da selbst deren entgegengesetzte Aussagen nicht für das Urteil hätten bestimmt sein können, weil der Arbeitgeber, so wurde ausgeführt, das Recht hätte, nur Personen zu beschäftigen, die in Arbeit zu nehmen, welche Mitglieder einer freien Hilfskasse sind. Ebenso wie ein Arbeitgeber sagen können: Ich nehme nur verheiratete oder unverheiratete Personen, kann er auch bestimmen, doch der bei ihm in Arbeit stehende Mitglied einer bestimmten Hilfskasse sein muß.

Diese Aussicht des Gerichts kann nicht als eine besonders städtische angesehen werden. Etwas hat sich sicher in einem Redaktion bei Feststellung dieser Richtung befinden, denn der zuvor angeführten Qualität stehen leider keine gesetzlichen Vorschriften entgegen, wohl aber in gewissem Umfang der anderen durch § 80 des Krankenversicherungsgesetzes. Dieser Paragraph bestimmt unzweckmäßig, daß es den Arbeitgebern untersagt ist, die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes zum Nachteil der bei ihnen beschäftigten Personen mittels Verträgen, Regelungen oder besonderen Nebeneinkünften abzuändern. Angesichts dieser Bestimmung ist es dem Vater unverhinderlich, wie das Gericht erlassen kann, die Anordnung eines Arbeitgebers an das von ihm beschäftigte Personal zum Übertritt bzw. vorherigen Eintritt in eine Hilfskasse bei einer vertraglichen Vereinigung oder sonstwie Nebeneinkunft. Erfüllt der Angeklante diese Anordnung nicht, dann wird er sicher nicht eingestellt in die Beschäftigung oder, wenn schon darin beständig, aus derselben entlassen. Tak also pronto vorliegt, kann er nicht bestrafen werden. Schon der bloße Wunsch des Arbeitgebers an eine Angestellten in für dieselben ein Befehl; denn dessen wegen sehr wohl, was passiert, wenn sie derartigen Paradies nicht Wohnung tragen. Der Gerichtshof erhielt außerdem in der Frage kommenden Personen, obwohl die gutschätzlichen Ausführungen des Mandanten der Hauptmannschaft Cristianenkasse beweisen, daß die Leistungen der Hilfskasse „Merkur“ in ihrer Gesamtheit sowohl als auch in einzelnen in Frage stehenden Fällen, minderwertige gegenüber denen der Cristianenkasse sind, so erläuterte der Gerichtshof doch, daß ein klarer Übertritt bei der großen Mehrheit von Unternehmern zwischen den Leistungen der beiden in Frage kommenden Kassen nicht einfach ist und einem Arbeitgeber die schwierige Prüfung auch nicht zugemutet werden kann.

Der Vorsitz der Gerichtshof dabei, daß der Arbeitgeber ganz selbst zu raten hat. Es ist nur ratsam, bei einem Vorschrift zu einem Vorschriften zu entscheiden, in der auf Grund einer solchen Bestimmung erlaubt ist, zwischen zwei ganz unterschiedlichen zu unterscheiden. Sofern das Gericht so ist, daß es durch die Vorschriften bestimmt ist, daß ein Arbeitgeber seine Arbeitnehmer über die Vorschriften der Cristianenkasse ganzlich und ließ die die Vorschriften auch daher frei ausüben.

Hoffentlich legt die Stadtvororten bei dem Oberlandesgericht Revision ein, um zu beweisen, daß Unternehmer nicht immer Unrecht haben, aus Vergnügen an einer gewisseren Wohlnehmung gegen ihre Angestellten schmuckend Zeit zu trinken. —

— Eine Rechtfertigung der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Den zureichgemachten Brief des Verbandes Deutscher Metallindustrieller bezüglich der Heilstation Grabowsee haben wir gestern schon gebührend gebräucht. Bekanntlich hatte man in der letzten Stadtverordnetenversammlung unserem Genossen Hauptmann zu gestimmt, als dieser die sozialpolitische Amptenz der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt im Kampf gegen die Tuberkulose gekennzeichnet hatte. Jetzt benutzt die „Magdeburg.“ bei Benennungstreffen der Berliner Schachmacher zu folgender Weise:

Wenn in den Heilstätten sozialdemokratische Agitation und Parteidiskussion sich breit machen, so läßt sich die Juristenhaltung herstellen, die sich nach dem Versicherungsamt in der Erziehung solcher Stätten aufzulegen.

Alo jezt hat die „Magdeburg.“ für die Versicherungsanstalt einen Grund ausfindig gemacht. Vielleicht wird man

in Zukunft überhaupt keine Krankenhäuser mehr bauen, weil sich ja auch in ihnen „sozialdemokratische Agitation und Parteidiskussion“ breit machen können. —

— Der außerordentliche Unterverbandsstag der Konsumvereine der Provinz Sachsen, Auhalt und der angrenzenden Staaten findet Sonntag, den 2. November, in Magdeburg statt. Bekanntlich hatte der Direktor dieses Verbandes, Herr Oppermann-Magdeburg, in Kreuznach für den Ausschluß der 98 Konsumvereine gestimmt. Auf schriftlichen Antrag von 31 Vereinen des Unterverbands ist er nunmehr gezwungen, einen außerordentlichen Verbandsstag einzuberufen mit der Tagesordnung: „Austritt des Unterverbands aus dem Deutschen Allgemeinen Verband.“ Da die Gründer und Oppermann-Mitläufer hinter den Rücken ziemlich thätig sind, erwächst auch allen unseren Freunden die Pflicht, für zahlreiche Verhinderung Sorge zu tragen, es darf keiner, auch nicht der kleinste Verein des Bezirks fehlen, um dort gegen die Vergewaltigung der Konsumvereine sein Weto einzulegen. —

— Zeitung über Arbeitsnachweis. Ein Bienenhaus scheint das Zeitungsunternehmen des Herrn Stein zu sein; denn daß Personal dieses Herren fliegt ein und aus, so oft, so schnell, so lebhaft, daß manche Leute schon glauben, Herr Stein habe nicht eine Zeitung, sondern einen Arbeitsnachweis eingerichtet. Herr Chefredakteur Mehl-Schillbach ist fort; Herr Kator Niedemann ist fort; Herr Justizrat Scheel ist fort; vier Buchhalter aus dem Comptoir sind fort; Herr Acquisiteur Zure ist fort. Letzterer hatte erklärt, er müsse Herrn Stein verlassen. Da dies Herrn Stein — obwohl er in den feinsten Erfolgsstreichen vertieft — häufig passiert, so könnte dieser Prozeß wenig auffallen. — Herr Acquisiteur Mehl geht zum 1. Dezember und hat bereits gegen den Habitué der Civilgerichte eine Stelle eingerichtet.

Man sieht, daß Herr Stein es versteht, für Schwächung zu sorgen, so daß sein Personal immer neu und frisch sein dürfe. Daher auch die parteipolitische Bielseitigkeit dieses conservativ-liberal-antisemitisch-jüdisch-zwischen- und monarchisch-polizeilich-antipolizeischen Blattes. —

— Antisemitische Sparsamkeit. Wosür eventuell ein antisemitischer Stadtvorordner im Halle einer Wahl im Stadtparlament eintreten würde, darüber weiß die „Sachsen-Schau“ einige ergötzliche Dinge zu erzählen. Um die Finanzen der Stadt in das gehörige Gleichgewicht zu bringen und ferner Nebeneinkünfte, die bei dem Magistrat sich so regelmäßig einzutun pflegen, wie bei der „Sachsen-Schau“ an jedem Quartalsersten die Abonnementschwund, zu vermeiden, werden u. a. folgende Vorläufe gemacht: Anstellung eines Betriebsdirektors, der auf Tantiente arbeitet; Herausgabe der Gehälter der Stadträte auf höchste Höhe wie die der Regierungsräte, Vergabeung der städtischen Betriebe im Submissionsweg an Private. Ferner empfiehlt der antisemitische Kommunalpolitiker die Anstellung von billigeren Männchen an Stelle von teuren Männern, in allen städtischen Betrieben, um viel Geld zu sparen. — Die „deutsch-nationalen“ Handlungsgesellschaften erstreben bekanntlich das Verbot der Frauenarbeit im Handlungsgewerbe. Ferner heißt es in dem Artikel: Die Frauen, welche Armen Geld erhalten, könnten mit der Reinigung der Magistrats- und Schulgebäude betraut werden. Das Stadt-Theater und das städtische Orchester müßten wieder an Private abgegeben werden, so daß auch diese Kosten gespart würden.

Die Antisemiten wollen also vor allem bei den Arbeitsschulen und am Elementarlat sparen. — Die „Sachsen-Schau“ ist übrigens objektiv genug zu erklären, daß die Antisemiten sogar einen Juden lieber wählen würden als die „christlichen Marionetten“ vom Bürgerverein. — Zu verdeckt denunziert die „Sachsen-Schau“ noch einen Weißlichen, dessen Frau habe — welche Juwiane! — bei Barash gekauft.

Die „Sachsen-Schau“ sollte doch wissen, daß sogar Antisemiten oft bei Juden kaufen, wenn sie dort ihre Ware — billig bekommen können. In Geldangelegenheiten hört bei Semien und Antisemiten recht gleichmäßig die Gemüthslichkeit auf. —

— Antisemitisches Schulwesen. Empfehlenswerte pädagogische Blätter verantwirkt der „Sachsen-Schau“. Dieses Blatt empfiehlt, um den Schuletat herabzudrücken, „nicht Lehrerinnen statt der Lehrer“ einzustellen. So wenig wir gegen Lehrerinnen haben, so ist es doch bezeichnend, daß die Antisemiten derartige Maßnahmen erstreben, um den armen Volksschullehrern ihre traurige Existenz noch mehr zu erschweren. Sodann heißt es weiter:

Wer das Volkstheater genauer kennt, wird es uns bestätigen, daß die ungeheure Summen, welche wir jetzt für Schulen ausgeben, keineswegs die allgemeine Volksbildung erhöhen, daß vielmehr der geistige Menschenverstand und Witterung, welche jedes Studium beinhaltet anwachsen, immer mehr bei den oben wie unten Volkschichten im Schwund begriffen sind. Heute, wo die Industrie bis ins kleinste dezentralisiert ist und man jeden Regier oder Hollenstein über eine Maschine stellen kann, braucht die große Arbeiterklasse überhaupt nichts mehr zu lernen. Die wenigen Handarbeiter an der Maschine lernen der Arbeiter ohne große Volksbildung.

Die Arbeiter sind doch keine antisemitischen Medailleure, daß sie nichts zu lernen brauchen. —

— Unfall. Am Montag früh um 8 Uhr verunglückte der Schlosser Otto Bergmann bei der Firma Mundlos u. Co. dadurch, daß er beim Besteigen der Treppe ausrutschte und sich den linken Unterschenkel brach. Er wurde sofort nach Unlegung eines Notverbandes per Droschke in das alstädtische Krankenhaus gebracht. —

— Volksküche Vorlesung. Am Mittwoch, den 29. d. M., abends 8½ Uhr, wird Herr Metzger Dr. Schmeißl, an Stelle des französischen Lehrers Herrn Oberlehrers Segepaut, den ersten Vorlesung der öffentlichen Volksküche aus den Gebieten der Wissenschaft und Kunst in der Villa vor Auguststädte, Auguststraße 5, halten. Er wird über die Färbung der Tiere sprechen. Der Besuch des Vorlesung ist unentgeltlich. Jeder Gewachsene hat Austritt. Der Vorlesung beginnt, worauf wir noch besonders hinweisen, pünktlich zur festgelegten Zeit. —

— Genosse Seeger teilt uns mit, daß er in dem Versammlungsbericht der Alten Neustadt einen von ihm gestellten und von der Versammlung angenommenen Antrag, der dahin ging, „der Vorstand des Vereins möge die

Faktion ersuchen, den Bundesrat zu interpellieren, den Toleranzantrag baldigst Gesetz werden zu lassen", verneint hat. Wir können dem Genossen S. mitteilen, daß auch in den anderen Versammlungen Anträge gestellt und angenommen sind, die gelegentlich ihre zweckentsprechende Verwendung finden werden, ohne daß sie publiziert sind. Der knappe Raum, der uns bei den sechs Versammlungsberichten zur Verfügung stand, ließ Kürzungen notwendig erscheinen. Auf das ausdrückliche Verlangen des Genossen S., diesen Antrag veröffentlicht zu sehen, kommen wir natürlich mit der größten Bereitwilligkeit und Bescheidenheit hiermit nach, da wir unsere journalistische Individualität nicht unnütz in den Vorbergang drängen wollen. —

Provinz und Umgegend.

Cracau. 27. Oktober. (Schulzustände.) Vor einigen Wochen war hier ein Arzt, der die Schulkinder auf ihren Gesundheitszustand untersucht hat. Gleich danach wurde auch das Schulstatut geweist; ob auf Veranlassung des Arztes, sei dahingestellt. Nun hätte man doch annehmen müssen, daß der Schulvorstand alles daran gesetzt hätte, die Spuren der Malerthätigkeit zu beseitigen, aber mit nichts. Lehrer wie Kinder kommen mit beschmutzten Kleidern aus der Schule. Dabei befinden sich die Schulbänke infolge ihres Alters in einer ganz traurigen Verfassung. Splitter und Rügel sehen daraus hervor, so daß es als ein Glück bezeichnet werden kann, wenn nicht schon durch Einreihen derselben in die Geschäftsräume Auglücksfälle entstehen sind. Da nicht anzunehmen ist, daß die Lehrer die Initiative ergreifen, um eine notwendige Reinigung herbeizuführen, so glauben wir, daß jetzt der Schulvorstand Veranlassung nehmen wird, Remebur zu schaffen, — selbst auf die Gefahr hin, als Humanist verschrien zu werden. —

Diesdorff. 27. Oktober. (Ein Landstädtl.) Dass Kirchhöfe nicht nur für die Toten, sondern auch für Lebende in Benutzung genommen werden, davon kann man sich in unserem Orte jetzt überzeugen. Auf dem alten Friedhof befindet sich noch aus der Zeit der Choleragefahr ein aus zwei Männern bestehender Bau.

Vor ungefähr einem Jahre häufte hier ein Mann, der im Orte keine Wohnung bekommen konnte. Bald darauf kam eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern hinzu. Diese Familie hatte ihre Wohnung wegen Abbruchs räumen müssen, kampte dann kurze Zeit in der Scheune eines Gastwirts und ist nun von der Gemeinde in jenes Gebäude verwiesen.

Um den vorhandenen Raum gründlich auszunützen, ist seit 1. Oktober noch eine männliche Person hinzugekommen, so daß im ganzen 7 Personen in diesen beiden kleinen Räumen untergebracht sind. Die geistigen Hässlichkeiten stehen draußen im Freien. Wollen die Insassen schlafen gehen, so muß erst der hintere Raum belegt werden, da nur ein Eingang vorhanden ist. Wie geben uns der Hoffnung hin, daß der Ortsgeistliche Kraft seines Amtes als Seelsorger durch ein Machtwort diesem unvordenbaren Zustande ein Ende macht. —

Egeln. 26. Oktober. (Die Erschließung des auf Wildbiederei ergriffenen Bergmanns Kühne) aus Egeln durch den dortigen Gendarmen fordert — so schreibt treffend das „Volksblatt für Anhalt“ — die Kritik der barbarischen Zustände heraus, unter denen wir heute noch leben und die abgeändert werden müssen, wenn wir uns von der Geschichte nicht den Vorwurf machen lassen, daß wir Schwachsinn und Feiglinge gewesen, die die eindrucksvollsten Verhältnisse in Stumpfumtritt ertragen hätten, weil wir uns zu schwach fühlten, eine Rendierung herbeizuführen.

Der erschossene Bergmann Kühne, ein Mann im Alter von einigen 30 Jahren, Vater von fünf eigenen und drei Stiefkindern, ward zu der Wildbiederei von einem aubeten animiert, hatte aber nicht viel Lust, seine Frau riet ihm auch noch ab doch gewann der Gedanke, mitzugehen, schließlich die Macht über ihn. Die Wildbiederei hatte denn auch Erfolg, zwei Haine fand man bei dem Erschossenen.

Ein Haie kostet 3 Mark, zwei Hasen 6 Mark. Dafür nun, daß ein Mensch auf dem Wege der Wildbiederei so ein paar kümmerliche Mark stiehlt und, nachdem er sie geftobt, nicht still steht, um sich zur Strafe zu stellen, wird er — das ist das Barbarische, das unser Zeitalter Schändete — von dem untergeordneten Gejagdwächter, der ja zu solcher Handlungsweise nach den bestehenden Bestimmungen leider gezwungen ist, ohne jedes Recht, ohne jede Abwägung des Maßes seiner Schuld, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. —

Körberstedt. 27. Oktober. (Ein Familienidyll) Der Arbeiter Friedrich Eiche, welcher getrennt von seiner Frau lebt, versuchte in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag gewaltsam in die Wohnung seiner Frau einzudringen, indem er den Fensterladen und die Fensterschläben mit den Fäusten entzwey schlug. Er zog sich dadurch schwere Verletzungen an den Händen zu. Auch hat er den Hausbesitzer Karl Pösel, welcher ihn entfernen wollte, mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Er ist durch den Polizeisergeanten Glocke entfernt und nach der Wahl gebracht worden. Dem Beruhmten nach ist Er. in Stofffurt, wo er sich gegenwärtig aufhält, verhaftet worden. —

Quedlinburg. 25. Oktober. (Volkskranenkasse.) Vor kurzem nahmen wir Gelegenheit vor dem Betrieb zu fog. „Volkskranenkasse“ zu warnen mit dem Hinweis darauf, daß einem hiesigen Mitglied der Kranenkasse „Verolina“ zu Berlin nicht nur das ihm statutengemäß zustehende Krankengeld vorerhalten würde, sondern auch aus ganz wichtigen Gründen der Ausschluß aus der Kasse erfolgt. Das geschädigte Mitglied war nun allerdings in der Lage, mit Hilfe des ihm von seiner Gewerkschaft gewährten Rechtschutzes gegen die Entscheidung des Vorstandes Klage anzustrengen und erzielte auch die Berichtigung der Kasse zur Zahlung des Krankengeldes und Rücknahme des Ausschlusses. Ob aber der Kläger jemals zu seinem Rechte gelangt, ist mehr wie fraglich, denn wo nichts ist, hat selbst der Richter sein Recht verloren. Wie wir einem Artikel des „Vorwärts“ entnehmen, hat der Polizeipräsident von Berlin bei dem dortigen Bezirksausschuß Klage auf Schließung der Kranenkasse „Verolina“, deren Bureau sich

in Berlin C, Kleine Präsidentenstr. 2 befindet, erhoben, weil der Vorstand vielfach gesetz- und fahrläufige Verwerfungen aus dem Kassenvermögen gemacht und weil in diesen Fällen Mitglieder aus Gründen, welche das Hilfsklassengesetz nicht zuläßt, ausgeschlossen worden sind. Das Polizeipräsidium warnt vor Eintritt in die genannte Kasse. Da, wie wir bestimmt wissen, eine große Menge wird sie diese Nachricht mit aller Sehr interessieren. —

Wernigerode. 26. Oktober. (Eine Versammlung der freien Vereinigung der Männer von Wernigerode und Umgegend) fand am 26. Oktober statt. Einen interessanten Vortrag hielt der Genosse Gehrt über das Thema „Der Kampf ums Dasein.“ Der interessante Vortrag wurde mit grossem Beifall aufgenommen. Sodann brachte Genosse Nieverth mehrere örtliche und politische Fragen zur Erörterung und forderte zur rastlosen Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation auf. Eine interessante Debatte fand sogleich über die Missstände auf hiesigen Bauten statt und wurde von mehreren Rednern das Vorhandensein von geradezu gefährlichen Zuständen bewiesen. Es wurden den Anwesenden aus Herz gelegt, beratige Missstände rücksichtslos an die Oberschicht zu bringen. —

Alte Nachrichten aus dem Lande. Ein Güterzug entgleiste am Sonntag morgens vor dem Station Buben. Der Lokomotivführer wurde aus Brüchen brach beide Beine. Der Materialarbeiter ist sehr bedient. Bei den Räumungsarbeiten trugen drei Arbeitnehmer Hauptwerkstatt mehr, über weniger schwere Verletzungen davon. — Laut „Augsburg“ fuhr am Freitag in Braunswig sowohl Schiene als Mittelstück als Pfund sogar auf der Rückbank. Es ist schwer zu sagen. 40 Pfennig. Geschlossenes Mittelstück war jedoch billiger. — Vorarlberg abend 11 Uhr in Bozen in Hohenwaid der Turnvater Feuer und bald war auch die Feuerwehr mobil. Es fühlte sich jedoch heraus, daß die Brand nicht auf sich hatte. Wahrscheinlich von unwilligen Dienstleuten angezündet, brannte auf dem Gelände an der Seestrasse ein Kartoffelkantinen. — Am 25. d. J. kam abends an der Chausseestraße bei Buchenbach der Fußbahn-Dienstwagen aus Salzwedel aus Sonnen mit zwei Personen bewohnten Frachtwagen mit Baumwolle, gezogen durch die Bahn, um 11 Uhr aus Magdeburg. Es reiste sehr starfer Nebel. Bei der Chausseestraße entstieß die Maschine eines aus 10 Wagen, unter 2 Abteilwagen, bestehenden Zuges den Hinterraden des zweiten Schienenzuges, prallte in den Frachtwagen, schleuderte ihn gegen das die Chaussee abschneidende eisene Hindernis und riss die daneben liegende Feuerwehrleiter Telegraphenleitung und riss den Wagen auseinander, alles zerstörte. Die beiden Pferde waren sofort tot.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 27. Oktober 1902.

Ein Meineidiger. Die siebente Schwurgerichtsperiode begann mit einer Klage wegen wissenschaftlichen Meinidees, dessen sich der Handlungsgeschichtliche Ein und Wehmann von hier, geboren am 26. September 1882, schuldig gemacht hat. Der Angeklagte, der Sohn eines Eisenbahnbetriebs-Sekretärs, hatte hier in der Großen Marktstraße bei der Firma Neubert von 1899—1901 Stellung. In demselben Hause dient die unverheirathete Anna Bierhals, mit der Weymann im Herbst 1900 ein intimes Verhältnis eingang, das bis zum 1. April 1901 dauerte, dann verschloß das Mädchen das Haus, worauf Weymann als bald ebenso mit einem anderen Dienstmädchen verkehrte, was aber heranblieb und zu seiner Entlassung führte. Die Bierhals hatte dann im September einem Mädchen das Leben gegeben und trat mit ihren Ansprüchen an den Angeklagten heran. Dieser, der stelllos war, zahlte indes nicht und nun stellten die geistlichen Vertreter der Anna Bierhals, das Kind war im Alter von 6 Monaten wieder verstorben, gegen Weymann auf Zahlung von 129 Mark Entschädigungsstöcke und rücksändige Alimente. Der Angeklagte leugnete den Vorwurf, woranhin ihm der Eid zugeschoben wurde. Am 26. Juni d. J. beschwore dann Weymann vor dem hiesigen Amtsgerichte, er habe in der feistlichen Zeit nicht mit der Bierhals verkehrt. Der Angeklagte, der früher geleugnet hatte, war heute geständig. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenverlust und daneben Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 27. Oktober 1902.

Zahllässige Körperverletzung. Der Schlossmeister Hermann Thomas zu Sommerfeld wurde von der hiesigen Staatskammer am 16. Mai d. J. wegen schwerer Körperverletzung, begangen an seinem Lehrling, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob dies Urteil am 18. September auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Die Kammer nahm hente an, daß der Angeklagte in Übung seines Hüftgungsschlechtes zahllässig gehandelt habe, zog den schädigenden Erfolg und die Stöheit in Veracht und erkannte wegen zahllässiger Körperverletzung auf 100 Mark Geldstrafe. —

Widerstand und Bekleidung. Der Handelsmann Reinhold v. Müller aus Bernburg, der Bierschaffter Gottlieb Adam aus Neudorf, der Kesselschmied Franz Isenberg zu Stassfurt und der Arbeiter Carl Rehenda haben sich wegen Widerstand, Abfügung und Bekleidung gegen Polizeibeamte zu verantworten. Auf Grund der Verhandlung verurteilte die Kammer v. Müller zu 4 Monaten Gefängnis, Adam zu 6 Wochen Gefängnis. Isenberg und Rehenda wurden freigesprochen. Den Bekleidigten wurde die Publikationsbefreiung zugestanden. —

Diebstahl. Der vielmals bestrafte Arbeiter Vennö Möckle hier, geboren 1845, stahl am 28. September d. J. aus einem Lokale einen photographischen Kasten und einen Überzieher. Der geständige Angeklagte erhielt wegen Nichtzuladung in 2 Fällen 6 Monate Gefängnis. —

Ein Fahrradmärder. Der Tischler Richard Neumann zu Neuhausenleben, geboren 1883, stahl am 26. Juli d. J. zu Alt-Hausenleben aus der Werkstatt seines früheren Meisters mittelst Einsteigen ein Fahrrad. In der

Nacht zum 18. August stahl M. aus dem Hausschlüssel der Wirtschaft „Kronprinz“ ein Fahrrad, das er umänderte, um es unlösbar zu machen. Den Angeklagten traf ein Jahr Gefängnis. —

Bedrohung. Der Dachdecker Wilhelm Schulze zu Bahrendorf, geboren 1883, bedrohte am 81. August v. J. auf einer Tanzlustbarkeit den Molkeriebesitzer Bähne aus Dobendorf mit Todschlag und beschädigte absichtlich dessen Mühle. Als er sein Fuhrwerk bestieg, fielen der Arbeiter Franz Bimmer und der Knecht Otto Hecht den Pferden in die Flügel und versuchten die Abschaffung zu verhindern, um Bähne zu verhauen. Die Kammer verurteilte Schulze wegen Bedrohung und Sachbeschädigung zu 30 Mark Geldstrafe, Bimmer und Hecht wegen versuchter Mordtägung zu je 30 Mark Geldstrafe. —

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben 4. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts hervor: Eine verachtete Welt. — Falloß Franz. Von Ignaz Kuer. — Zur Lage des Sozialismus in Frankreich. Von W. Seitzschwitz. — Die Eisenbahner Österreichs und Deutschlands. Von Franz Egger. — Der notleidende Bauer. Von August Raith. — Litterarische Annalen: Dr. Josef Grunzel, Über Karlsruhe. Von H. Kunow. Édouard Vaillant, La legislation ouvrière et l'hygiène. — Notizen: Über Industrie und industrielle Arbeiterschaft in Britisch-Afrika. —

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preis von 3,25 Mark pro Exemplar zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Exemplar abonnirt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —

Der Kunstwart. Mundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber: Ferdinand Abenarius. Verlag von Georg Z. W. Fischer in München. Vierteljährlich 3 Mark, das einzelne Heft 10 Pf. — Inhalt des zweiten Oktoberhefts: Literarische Vereine. Von Herausgeber. — Einige Notizen. Von Adolf Bartels. — Das deutsche Künstlich seit Bach. Von Richard Tauber. — Die Ausstellung „Neue Frauentracht“ in Berlin. Von Paul Schulte-Nürnberg. — Sprechsal: Die Jungen und die Theaterpraxis. Von Paul Marlow. — Lose Blätter: Aus Karl Schönbergs „Sommerabendtag“. — Mundschau: Unser Nationalheld. Wie's gemacht wird. Berliner Theater. Münchner Theater. „Das war ich.“ Beethoven's Missa solemnis. Berliner Kunst. Über das Reitturnieren. Dürerbund. Zur Drahtkultur. 3. — Notenbeilage: Aus der Oper „Das war ich“ von Leo Blech. — Bildersäulen: Max Klinger, Lichtdruck nach einer Studierung aus der Braunschweiger; Karl Boehm, Hafennagel; Albert Betti, Hirschlegende; vier Abbildungen zu Schulze-Nürnberg's Aufsatz über die Frauentracht-Ausstellung in Berlin. —

Von der durch die Buchhandlung „Vorwärts“ in Wocheinsten zu 10 Pf. herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen jetzt Heft 39 und 40 vor. Der mitdrückt, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas hat bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholte Lieder auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, hofft unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verbreitung der leider auch in Arbeiterschichten noch vielfach verbreiteten Schundroman-Litteratur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Beilegungen entgegen. —

Folgende Zeichnungen enthalten die soeben zur Ausgabe gelangte Nummer 31 des „Simplicissimus“: „Deutschland in England“ von Th. Th. Heine, „Reisebeschreibung“ von Rudolf Wilke, „Genugthuung“ von E. Thöny, „Zur Sache“ von K. v. Steznicek, „Mene“ und „Zu arg“ von J. W. Engs, „Der König“ von Wilhelm Schulz und „Der Erbprinz“ von Bruno Paul. Die fertliche Ausstattung ist folgende: „Der genügsame Hufzae“, Militärumore von Alois Noda, zwei Gedichte: „Die Liebe“ von Peter Schlemihl und „Einsam“ von E. v. Bodenau, zum Schlüß zwei Beiträge unter der Rubrik „Lieber Simplicissimus“.

Der „Simplicissimus“ erscheint in einer billigen Ausgabe zu 15 Pf und einer teureren auf stärkerem, vornehmtem Papier zu 25 Pf; man kann ihn beziehen durch alle Postläden und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Albert Langen in München.

Vereine und Versammlungen.

Von und Erdarbeiter.

Eine gut besuchte Versammlung der Freien Vereinigung der Von und Erdarbeiter Magdeburgs und Umgegend fand am Mittwoch, den 22. Oktober, im „Treitscherbund“. Kollege Gehrlein hielt einen Vortrag, in dem er die Bestrebungen der freien Gewerkschaften in sozialer und allgemein verständlicher Weise darlegte. Zudem wurde die Abrechnung vom 1. September bis 5. Oktober verlesen. Dieselbe ergab eine Einnahme von 109,20 Mark und eine Ausgabe von 86,53 Mark, mithin blieb ein Bestand von 112,77 Mark, wovon 110 Mark auf der Sparflasche hinterlegt sind. Ein Beitrag von 20 Mark von Bergmännern wurde der Kasse überwiesen. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 116 Kollegen. Hierauf hielt Kollege Möppen den Sachverhalt mit der gerechtfertigten Kassette des Central-Verbandes richtig. Nachdem der Vorsteher die Kollegen aufgefordert, ihm jede Abrechnung sofort zu melden, schließt der selbe die Versammlung. —

Marktberichte.

Magdeburg. 27. Oktober. Weizen unveränd. Schirr und Sommerweizen 148—150, Rauhweizen 147—150 je nach Lage der Station bezahlt. Roggen fest trocken 138—141 je nach Lage der Station bezahlt. Frische Sorten in beiden Artikeln billiger offenbart. Hafer fest, beschädigter 140—143, besserer 144—150 Hafer hier bezahlt. Getreide, Brauware unveränd. Landgerste und geringe Getreiles 138—144, bessere Getreiles 145—156 ab Station, kleinste über Molis 143 geschütt. Erbsen fest, Bistoria 192—210, grüne 200—230 ab Station bezahlt. Mais kaum, Milch sehr Kundmais 132—133 ab hier bezahlt. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Gihe.	23. Oktbr.	24. Oktbr.	22. Oktbr.	23. Oktbr.	22. Oktbr.
Bardubis	+	0.12	0.12	0.01	0.01	—
Brandels	+	0.16	—	0.10	0.06	—
Melnit	—	0.12	—	0.20	0.08	—
Leitmeritz	—	0.15	—	0.18	0.03	—
Elsig	—	—	—	0.04	—	—
Dresden	—	1.25	—	1.31	0.08	0.26
Torgau	+	0.50	—	0.76	—	0.03
Wittenberg	—	—	—	1.36	—	—
Mohlan	+	0.80	—	0.72	—	—
Barby	+	0.98	—			

Er reiste dann nach Kiel weiter. — Wie Tschang-Schi-Lung ist auch Yuan-Chi-Sai zum chinesischen Minister für Handel ernannt worden. Beide sind ferner zu Kommissaren für Handelsvertragsverhandlungen bestellt worden. — Die Stadt Bodou in der Mandchurie, 120 Meilen von Chardun, ist von Chinchufen eingenommen worden. Russische Truppen sind zur Befreiung dorthin abgegangen. —

Aus der Parteibewegung.

Eine öffentliche Angelegenheit. In Königsberg wollte der Genosse F. Borchardt einen wissenschaftlichen Vortrag halten. Kurz vor Beginn des Vortrages erschien ein Polizeibeamter und verlangte die Bescheinigung über die Anmeldung der „Versammlung“. Es wurde ihm bedeckt, daß es sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern um einen wissenschaftlichen Vortrag handle. Nach langerem Verhandeln ließ sich der Beamte herbei, den Beginn der Veranstaltung abzuwarten. Genosse Borchardt begann: „Jede Handlung des Menschen“... „Ich löse die Versammlung auf!“ sprach der Beamte und drohte danach, daß im polizeitechnischen Sinne jede Handlung eines Menschen eine öffentliche Angelegenheit ist. Es giebt zwar Handlungen, die nicht öffentlich verübt zu werden pflegen, aber die Polizei scheint den tödlichen Drang in sich zu fühlen, alle Handlungen, selbst die geheimsten Intimitäten, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. —

Ein Nachruf für Jakob Franz, aus der Feder des Genossen F. Auer, ist in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ erschienen und deshalb auch parteihistorisch interessant, weil er einen Einblick in die Kämpfe unserer Partei vor dem deutsch-französischen Kriege gewährt. —

Aus der Totenliste unserer Partei. In Dresden starb der Männer Hartwig, der sowohl in seiner Gewerkschaft wie in der Partei eine lebhafte Thätigkeit entfaltete und stets in der vordersten Reihe stand. — Die Breslauer Genossen verloren einen wackeren Kämpfer in der Person des Steinmeisters Demort. —

Von unserer internationalen Organisation. Das Internationale Sozialistische Bureau beruft zum 27. Dezember d. J. eine Sitzung des Internationalen Komitees nach Brüssel ein. Bezuglich des Internationalen Kongresses, der im nächsten Jahre in Amsterdam abgehalten werden soll, wird mitgeteilt: Die Kosten seien auf 6000 Frank zu veranschlagen; hierzu könnten die holländischen Genossen nur etwa 1000 Frank aufbringen. Das Bureau unterbreitet deshalb den Parteien den Vorschlag, daß jeder Delegierte zu den Kongresskosten 10 Frank beizusteuern habe. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Bohndifferenzen und Aussperrungen.

Textilarbeiter. In Meerane hat der Bürgermeister versucht, eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen. Allerdings stellte er die sonderbare Bedingung, daß die einzelnen Arbeiter mit den einzelnen Arbeitgebern in einzelne Verhandlungen treten. Die Streikenden müssten natürlich eine derartige Zinnumung ablehnen. — In Gesefeld in Westfalen sind seit einiger Zeit die christlich organisierten Textilarbeiter ausgesperrt, und zwar handelt es sich darum, daß die Fabrikanten es auf die Beinträchtigung des Koalitionsrechtes der christlichen Textilarbeiter abgesehen haben. Den Streikposten werden alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sie werden von der Strafe gewiesen und gelegentlich auch verhaftet. Auch die katholische Geistlichkeit hat die Hergabe des Saales des katholischen Arbeitervereins zu Versammlungen der Aussperrten verweigert mit der Begründung, daß der katholische Arbeiterverein besonders in den wirtschaftlichen Kämpfen strengste Neutralität zu beobachten habe. —

Mohrleger. In Berlin äußerten sich die Unternehmer verschiedenen Streikenden gegenüber, sie beabsichtigten sich erst nach dem 1. November in Verhandlungen einzulassen, weil sie hoffen, daß die an diesem Termin fällige Mietzahlung die Arbeiter mürbe machen werde. Diese Hoffnung dürfte sich jedoch als eitel erweisen. —

Metallarbeiter. In Berlin besaßen sich die Arbeiter der „Union“-Werke in einer Versammlung am Sonntag wieder mit der Anordnung der Direction, laut welcher die Accordkolonnen ihre Hilfsarbeiter selbst bezahlen sollen. —

Heizer. Zu Österreich endete der Streik am österreichischen Lloyd mit einem Sieg der Russlandigen. Das Arbeitsvermittlungssamt wurde von der Lloydverwaltung anerkannt. Entlassungen werden nicht vorgenommen. —

Landarbeiter. In Lemberg haben die ruthenischen Bauern jetzt bei Beginn der Kartoffelernte den Ausstand wieder aufgenommen und weigern sich, bei den Großgrundbesitzern in Arbeit zu treten. —

Kellner. In Paris hat eine Bewegung begonnen, um die Beseitigung der Unsitte durchzuführen, wonach die Angestellten den Unternehmern nicht bloß für das ganze zerbrochene und fehlende Inventar aufzukommen haben, sondern auch noch für die Erlaubnis, arbeiten zu dürfen, eine gewisse Pacht zahlen müssen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Oktober 1902.

Zur Stadtverordnetenwahl. In der Vertrauensmänner-Versammlung des „Bürger-Vereins“ wurde beschlossen, als Ersthmann für den verstorbenen Architekten Bahn den Buchdruckereibesitzer Herrn Robert Hess zu den Wählern in der öffentlichen Versammlung in Vorschlag zu bringen. —

Eine Stadtverordnetenlösung findet in dieser Woche nicht statt. —

Die unparteiischen „Neuesten Nachrichten“. Wie außerordentlich „unparteiisch“ der „Stein-Monitor“

berichtet, geht aus dem Parlamentsbericht der Nr. 152 des Blattes vom Dienstag hervor. Abgesehen davon, daß die Rede Bebels in ganzen 22 Zeilen abgesetzt wird, gestaltet sich das Blatt auch noch sonstige Aussätze gegen unseren Kämpfer, welche die Arbeiterfeindlichkeit des Blattes in das hellste Licht zu rücken geeignet sind. Zunächst wird angeführt, daß Herr Stadthagen während darüber ist, daß Bebel geschlagene dreieinhalb Stunde geredet hat. „Herr Bebel sprach diesmal zwei Flugblätter.“ „Es kann Zahlen, daß einem der Kopf raucht.“ Dies, obwohl selbst Podbielski das Zahlematerial Bebels als objektiv und interessant bezeichnet hat. „Endlich den Schlüß zum Feuer hinzu.“ Noch eine entschiedene Geste gegen den Ministerialen, und Herr Bebel steigt mit Schweiß bedeckt vom Podium herab.“ Das sind so ellige Proben der sogenannten unparteiischen Berichterstattung, die an tendenziöser Entstellung das menschenmögliche leisten. Die Arbeiter, die heute noch die „Neuesten Nachrichten“ lesen und sich hierdurch verlebt fühlen werden, werden hoffentlich die Konsequenzen aus dieser Handlungsweise ziehen. —

Not kennt kein Gebot. In Zeiten des allgemeinen Notstandes haben sich die Gerichte vornehmlich mit Sachen zu beschäftigen, denen Vergehen gegen das Eigentum zu Grunde liegen. Die Mehrzahl derjenigen, die wegen dieser Vergehen vor Gericht erscheinen müssen, antworten auf die Frage nach dem Beweisgrund ihrer Handlungsweise: „Ich habe aus Not gehandelt!“

In Dutzenden von Varianten wird dieser Ausspruch — und was wir sogar zugeben — nicht mit Unrecht gebraucht. Der junge Kaufmann, der seinen Schneider oder Kneipwirt bestrieden musste und sich deshalb an die Portokasse vergreift, will aus Not gehandelt haben. Der weißhaarige Bettler, der sich ein Stückchen Brot stiehlt, um sein verschwendendes Leben noch einige Tage oder Wochen zu erhalten, hat sicher aus Not gehandelt. Zwischen diesen beiden Fällen giebt es eben noch eine ganze Anzahl anderer, bei denen man voraussehen kann, daß bei Beurteilung derselben der Richter, würde er nur als Mensch und nicht als Jurist Recht zu sprechen haben, zu einem anderen Ergebnis wie dem von kalten Strafparagraphen vorgegeschriebenen kommen würde. Am Donnerstag spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht ein Fall ab, der als traurige Illustration des herrschenden Elends gelten kann.

Eine schwache, sieche Frau, Mutter von fünf Kindern, die zum Überfluß noch einen seit Jahren kranken Mann zu ernähren hat, ist wegen Diebstahls angeklagt. Man sieht es dem schattenhaften Körper, der auf der Anklagebank Platz nimmt, an, was die Not, die schlechende, grinsende Sorge, aus dieser Frau gemacht hat. Man sieht es ihr an den Augen an, wieviel ungezählte Nächte sie an der Nähmaschine durchgearbeitet hat, nur um das bisschen Brot herbei zu schaffen, um den hungrigen Mäulen die Mäuler zu stopfen. Es hat aber nicht zugelaufen.

„Ich habe einige Wäschesstücke meines Arbeitgebers verloren, weil ich meine Kinder nicht mehr hungern sehen könnte.“ Das war alles, was die Frau zu ihrer Entschuldigung vorbringen konnte. Die Richter treten ab, und verkünden nach kurzer Beratung der Diebin, daß sie drei Tage Gefängnis abzubrummen hat, weil es das Gesetz so vorschreibt. —

Was du nicht willst daß man dir thue, das füg auch keinem anderen zu. Dieses sinnreiche Sprichwort hat in den letzten Tagen an sich selbst die ehrbare Brauersfrau M., früher Hohepfortestr. 50, jetzt Bötticherplatz wohnhaft, erfahren müssen. In durchaus unschöner Weise hat sich besagte Frau M. sehr oft über Angehörige unserer Partei gegen dritte ausgelassen, wobei sie nicht verschrie, ihre eigene Person stets in das denkbar beste Licht zu rücken. Grade ihr mußte es nun vor einigen Tagen passieren, daß gelegentlich einer Haussuchung nicht weniger wie zwei Kiepen voll Waren, die Frau M. mit Hilfe eines im Manufakturwarengeschäft von L. Kramer, Hohepfortestr., in Dienst stehenden Mädchens, aus dem genannten Geschäft an sich gebracht hatte, gefunden wurden. Wenngleich die entwendeten Waren dem Kramerschen Geschäft wieder zugesellt sind, so wird, da das Dienstmädchen bereits ein Geständnis abgelegt hat, Frau M. einer für ihr sehr peinlichen Gerichtsverhandlung entgegen gehen. —

Versuchter Einbruch. In der Nacht zum Dienstag verüchteten Diebe in das Uhrengeschäft von Schurig, Große Diesdorferstr. 215, einzubrechen, wurden aber durch die Wachsamkeit eines im Geschäftskloster vorhandenen Hundes verjagt. Die Uhrenhändler mögen auf der Hut sein. —

Spurlos verschwunden sind seit einigen Tagen aus der Neustadt der Kaufmann Braune und der Schreiber Otto. Ersterer hat seine Eltern um einige hundert Markchen, der andere eine Krankenkasse, bei der er angestellt war, um einen etwas größeren Betrag gebracht. Wohin sich die beiden Freunde gewandt haben, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. —

Eine Normal-Uhr wird an dem Uhrengeschäft des Herrn Herfurth im Hause der Magdeburger Feuerversicherung angebracht. Die Uhr ist mit der Berliner Sternwarte elektrisch verbunden. Den vielen Tausenden von Passanten, die täglich da vorübergehen, wird diese Neuerung außerordentlich willkommen sein. Zu wünschen wäre, daß die Stadt sich die Errichtung von Normaluhren angelegen sei. —

Kleine Chronik.

Ein rücksichtloses Detectivemanöver hat die Einwohner von Stockholm in große Aufregung versetzt. Es handelt sich um einen sehr groben Umgang, der mit Hilfe des Telefons inszeniert wurde. Der Angestellte eines Stockholmer Detectivebüros sollte die Verhältnisse eines Kapitäns aussuchen. Zu diesem Zwecke verfah er sich mit einem Telefonapparat, begab sich in das Haus, in welchem der zu beobachtende Herr wohnte, stieg auf das

Dach des Gebäudes und schloß seinen Apparat an die dortige Drahtleitung an. Hierdurch gelang es ihm, die Gespräche, die der Kapitän führte, mit anzuhören und sich über seine privaten Verhältnisse die gewünschten Nachrichten zu verschaffen. Man ist in Stockholm mit Recht über dieses Verfahren in hohem Grade empört. Die schwedische Presse verlangte neue gesetzliche Bestimmungen, um das Telefon gegen solche Missbräuche zu schützen, denn nach den jetzt geltenden Gesetzen würde der Detective, wenn Klage gegen ihn erhoben werden sollte, höchstens zu einer unbedeutenden Geldstrafe verurteilt werden können. —

Eine neue Hochwasserkatastrophe auf Sizilien.

Nachdem erst vor kurzer Zeit Unwetter auf Sizilien die schrecklichsten Verwüstungen verursacht hatten, sind jetzt von neuem, und zwar wiederum in der Gegend von Catania, Wolkenbrüche niedergegangen, die große Überschwemmungen im Gefolge haben. Man befürchtet, daß auch Menschen verunglückt sind. —

kleine Tageschronik. In Konstantinopel wurde ein Pestfall festgestellt. — Aus Guatemala werden heftige vulkanische Eruptionen gemeldet. — In Livorno explodierte in der Nähe des Seminars eine Dynamitbombe; ein Kind wurde getötet, ein anderes verwundet. — Auf dem Freimarkt zu Bremen entstand vermutlich durch Entzündung von Benzinfuhr, welches durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr wurde weiteres Unheil verhütet. — Auf dem Braunkohlenwerk „Fürst Bismarck“ bei Meusebach sind drei Bergleute von hereinbrechender Kohle verschüttet und getötet worden. —

Letzte Nachrichten.

(„Derold“, Depeschen-Bureau.)

London, 28. Oktober. Gestern wurde mitgeteilt, daß Chamberlain seine Reise nach Kapstadt wahrscheinlich an Bord eines Kreuzers unternehmen wird. Alle Blätter kommentieren den Reiseplan, der allgemein gebilligt wird. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Reise ein ergiebiges Resultat erzielen werde, falls der Minister mit dem vollen Takt vorgehe. Die Blätter sind aber auch der Ansicht, daß die Reise nicht ohne alle Gefahr sei, denn der Minister müsse wissen, daß die Bevölkerung ihn hasse und daß er sich auf feindliche Kundgebungen gefaßt machen könne.

London, 28. Oktober. Die Morgenblätter veröffentlichten Telegramme aus Johannesburg, worin mitgeteilt wird, daß das Haus Krügers in Prætoria wegen Baufälligkeit abgetragen werden müsse. Weiter wird berichtet, daß die Opposition wegen der Ernennung europäischer Beamter eine immer heftigere wird. Die meisten Beamten verstehen die holländische Sprache nicht, obwohl die meisten Dokumente in dieser Sprache abgefaßt sind. Auch die Polizeiagenten sind weder der holländischen noch der Kaffernsprache mächtig.

Konstantinopel, 28. Oktober. Der italienische Botschafter erklärte auf der Pforte, Italien sei mit der von der Türkei angebotenen Genugthuung wegen der Seeräuberei im Nothen Meere zufrieden gestellt. Damit ist der Zwischenfall erledigt. —

Ausstandsnachrichten.

Brüssel, 28. Oktober. Aus Ypres meldet „Ein de Sicle“: Die Ausstände beabsichtigen, die Brüder über die Bisse bei Kermeton in die Luft zu sprengen, um die Beförderung von Kohlen nach Frankreich zu verhindern. Die gesamte Gendarmerie ging sofort dahin ab, ebenso wird ein Bataillon Infanterie marschbereit gehalten. —

Kapstadt, 28. Oktober. Die Doladarbeiter sind wegen Lohnreduzierung in den Ausstand getreten. —

Berlin, 28. Oktober. Sarah Bernhardt eröffnete gestern im Königlichen Schauspielhaus ihr Berliner Gastspiel mit Sardou „Edora“ und erzielte einen lauten, sich aber allmählich etwas abschwächenden Erfolg. Verschiedene Blätter betonen, daß die Auffnahme, die sie beim Berliner Publikum fand, an die, welche anderen großen ausländischen Schauspielerinnen, wie z. B. der Duke, zu teil wurde, nicht heranreichte. Ihr schauspielerisches Können findet allgemeine Anerkennung. —

Zemberg, 28. Oktober. Zu den Borislauer Erdwachs-Gruben ist auf bisher unaufgeklärte Weise ein großer Grubenbrand ausgebrochen, welcher bedeutende Schaden anrichtete und wobei zwei Menschenleben zu Grunde gingen. —

Warschan, 28. Oktober. Die große Leonossische Zuckersiedekontrollfirma ist in Zahlungsstörung geraten. Das Defizit beträgt 1½ Millionen Rubel. —

Paris, 28. Oktober. Die Polizei-Präfektur wird in den nächsten Tagen eine wichtige, auf die Pferde-Rennen bezügliche Maßregel verfügen. —

Paris, 28. Oktober. Der Kolonialminister erhält ein Skadellegramm aus Martinique, in welchem ihm Bericht über die Arbeiten des nach der Insel entstandenen wissenschaftlichen Ausschusses erstattet wird. Danach hat der Sultan seine Thätigkeit eingestellt. —

Marseille, 28. Oktober. Der italienische Dampfer „Camorra“ ist gestern mit acht Schiffbrüchigen des italienischen Dampfers „Helene“ eingetroffen, der in der Nähe von Bonifacio gesunken ist. Fünf Männer der „Helene“ sind ertrunken. —

Messina, 28. Oktober. Das fortwährende Regenwetter richtete noch immer großen Schaden an. In der Meerenge herrscht ein solcher Sturm, daß die Dampfer nicht anlegen können. Mehrere Postdampfer sind ausständig. —

Hildesheim, 28. Oktober. (Eig. Drahtber.) In dem Fall „münzerprozeß“ gegen Dr. v. Wedelstedt und dessen Ehefrau wurde gestern gegen Mitternacht das Urteil gefällt. Wedelstedt erhält unter Zulässigkeit mildernder Umstände 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, während seine Frau als Urheberin der Vertrügereien mit 2 Jahren Buchhaus bestraft wurde. —

Paris, 28. Oktober. (Eig. Drahtber.) In Denain fand gestern abend ein von etwa 1000 Grubenarbeitern besuchtes Meeting statt. Nachdem drei Redner gesprochen hatten, wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Arbeiter von Camargue wegen ihrer Nichtbeteiligung am Streik entschuldigt und die Ausständigen aufgefordert werden, an ihren Forderungen unentwegt festzuhalten. —

Billiger wie überall!

Jch

kann es!

Komplette Brant-Ausstattungen
auf Abzahlung

von Mark 1.50 pro Woche an.

Bei 20 Mark Anzahlung

liefer ich

1 Bettstelle	1 Tisch
1 Matratze mit Heil	1 Spiegel
1 Sofa	1 Küchenhydrat
4 Stühle	1 Küchenstuhl
1 Kleiderschrank	1 Küchenstuhl

Grosse Auswahl Bettstellen und Matratzen,
Schränke, Verticows, Kommoden, Sofas,
Divans und Garnituren usw. schon von
5 Mark Anzahlung an.

Größte Auswahl in

Anzügen und Herrenziehern

für Herren und Knaben

Damen-Konfektion u. Kleidern

Kleiderstoffen, Gardinen, Töppichen
und sämlichen

Manufakturwaren.

Uhren und Regulateure.

S. Osswald

Möbel- und Ausstattungs-Geschäft
Magdeburg, Alte Ulrichsstr. 14, 1. Et.

Jeder erhält Kredit!

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung

Bis einschließlich 15. November nehmen wir Bestellungen
entgegen auf unsere

Teplitzer Stück-Kohle

zum Preise von 49 Pf. ab Kahn, 56 Pf. frei Haus und 60 Pf.
frei Keller

Teplitzer Mittel-Kohle

mit 45 Pf. ab Kahn oder Strecke, 52 Pf. frei Haus, 56 Pf. frei Keller.

Aus unserem etwa am 10. November hier eintreffendem Kahn
können wir noch einige tausend Centner

Prima Brüder Stückkohlen

abgeben und stellen dieselben, soweit der Vorraum reicht, zu folgenden
Preisen bei sofortiger Bestellung zur Verfügung: 61 Pf.
ab Kahn, 68 Pf. frei Haus und 72 Pf. frei Keller.

Gute Schütté, sogen. Bäckerkohle, liefern wir für 26 Pf. p. Ctr.

Befestigungen und Bohlungen ab 20 Ctr. nehmen an die be-
kannten Nachtmessellen Hahne, Eig.-Geich., Breiteweg 160/162;

Buchlow, Gafin., Katharinenstr. 5; Brandt, Eig.-Geich., Breite-
weg 246; W. Leue, Salzenbergstr. 2, part. vorm.; Scholze,

Schönebeckerstr. 24, Eingang Dorothestr.; Bremer, Porzell-
handlung, Gießeler, Halberstädterstr. 112; H. Manger, Anna-
straße 27 (Eing. Belfortstraße), vormittags; Schrader, Cigaretten-
Geschäft, Olendorferstraße 43.

Unternehmungen sind: Dammann & Prellau, Friedrich Freise.

Der Vorstand. W. Leue, fgl. Bahnhofstr. 6, Salzenbergstr. 2.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Bringt u. a. in Nr. 4 nachstehendes:

F. Mehring, Eine verfehlte Welt.

Ignaz Auer, Jakob Franz.

S. Kritschewsky, Zur Lage des Sozialismus in
Frankreich.

Franz Heger, Die Eisenbahner Deutschen Reichs und
Deutschlands.

A. Rasch, Der nassende Bauer.

literarische Standpunkte — Notizen.

Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzelso zu haben in der

Buchhandl. Volksstimme.

Achtung! Metallarbeiter, Maschinenbauer

Wir empfehlen folgende 8 Fachkalender:
Metall-Industrie-Kalender. Preis 2 Mark.
Maschinenbauer- und Schlosser-Kalender.
Preis 2 Mark.
Altmeyer-Kalender. Preis 2 Mark.
Installateur-Kalender. Preis 2 Mark.
Eisen- und Metallgießer-Kalender. Preis
2 Mark.
Gärtner-, Broncearbeiter- und Galvaniseur-
Kalender. Preis 2 Mark.
Kupferschmiede-Kalender. Preis 2 Mark.
Maschinenbau u. Metallarbeiter-Kalender.
Preis 1 Mark.

Wir bitten die geehrten Interessenten um halbige
Aufgabe ihrer Bestellungen auf obige Kalender.

Der Preis muss vorher bezahlt werden.

Buchhandlung Volksstimme

Max Meyer

Breiteweg 30, I.

Eingang nur Judengasse

Paletots
u. Anzüge

Damen-Jacketts
Saccos u. Capes

Möbel, Betten u.
Polsterwaren

Teppiche
Gardinen etc.

Alles auf Kredit

Geringe Anzahlung • Kleine Teilzahlung

Enorm billige Preise!

Möbel 278 Remontoiruhr mit Kette am

Sonnabend abend zwischen 7 u. 8 Uhr von Budau nach Salbke verloren.

Gegen Belohnung abzugeben. Salbke, Friedhofstraße, letztes Haus. 219

Schreibhefte — empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme

Cirkus.

Täglich

Gustav Kluck's

Erste Magdeburger
Volkssänger-Gesellschaft.
Gediegene Programm.
Vorzugskarten gültig.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 29. Oktober 1902.
Im bunten Rock.

Walhalla

Heute große
Familien-
Vorstellung.
Ein Sensations-
Programm
ohne Konkurrenz.

Offizielle aus vorliegendem Kahn
äußerst billig: 1078

Pa. Brüder

Salon-Stückkohlen

Pa. Harbisher Stückkohlen

in allen Sortierungen.

Reinhold Sorge

(früher: Albert Neupert)

Heiz- und Kohlenhandlung

Rogäkerstr. 4. Fernspr. 250

Anfragen werden angenommen von

Friedr. Krüger, Neu-

haldenslebenerstraße 26.

Einige noch gut erhalten Ringe-

schiff-Nähmaschinen und einige

Langschiff-Nähmaschinen, System

Singer, 2 Jahre Garantie, um da-

mit zu räumen, bisligist. R. Oster-

roth, Mechaniker, Fürtherstr.

924

Größtes

Gänse-

Geschäft der Provinz

Gänse zerlegt

Gänsefleisch

Gänseklein

Gänseleber

Gänsepökelfleisch

Wochenmarktfleisch Hauptmache

gegenüber d. Fischhandl. Weisse

Täglich große Zufuhren von

Bonum. Gänse.

Weinberg

Wittenbergsche Straße 12.

Moritz Weinberg

Himmelsreichstraße 12.

Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Größtes

Gänse-

Geschäft der Provinz

Gänse zerlegt

Gänsefleisch

Gänseklein

Gänseleber

Gänsepökelfleisch

Wochenmarktfleisch Hauptmache

gegenüber d. Fischhandl. Weisse

Täglich große Zufuhren von

Bonum. Gänse.

Weinberg

Wittenbergsche Straße 12.

Moritz Weinberg

Himmelsreichstraße 12.

Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Größtes

Gänse-

Geschäft der Provinz

Gänse zerlegt

Gänsefleisch

Gänseklein

Gänseleber

Gänsepökelfleisch

Wochenmarktfleisch Hauptmache

gegenüber d. Fischhandl. Weisse

Täglich große Zufuhren von

Bonum. Gänse.

Weinberg

Wittenbergsche Straße 12.

Moritz Weinberg

Himmelsreichstraße 12.

Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Größtes

Gänse-

Geschäft der Provinz

Gänse zerlegt

Gänsefleisch

Gänseklein

Gänseleber

Gänsepökelfleisch

Wochenmarktfleisch Hauptmache

gegenüber d. Fischhandl. Weisse

Täglich große Zufuhren von

Bonum. Gänse.

Weinberg

Wittenbergsche Straße 12.

Moritz Weinberg

Himmelsreichstraße 12.

Brüggemann, Fürstenstr. 18.

Größtes

Gänse-

Geschäft der Provinz

Gänse zerlegt

Gänsefleisch

Gänsekle